

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelheft 1 Pf. monatlich 1.20 Mk.
 frei ins Haus, francoporto. Bezugs-
 Nummer 10 Pfennig. Bestellen:
 monatlich, dem Posthalter abzugeben
 1.20 Mk. dem Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.24 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.— Mk. für das übrige Ausland
 5.50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— Mk.
 Postbestellungen nehmen an: Börsen-
 markt, Holland-Platz, Schwaben-
 und die Schweiz, eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Versteht sich.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die hiermit angegebene Anzeigenliste ist
 20 Hg. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 30 Hg. (ausdrück-
 lich festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Hg. Stellengeld und
 Schließelangelegenheiten das erste Wort
 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg.
 Worte über 16 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Zusätzlicher Aufschlag 50%
 Familien-Anzeigen, politische und
 gemeinnützige Anzeigen. Anzeigen
 70 Hg. die Zeile Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S. O. 20, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Bestellen von 7 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Dienstag, den 8. Oktober 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Am: Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Am: Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Erste Stimmen zur Antwort.

Die französischen Sozialisten an Wilson.

Für Annahme des deutschen Angebots.

Genf, 7. Oktober. Der französische Sozialistenkongress beschloß einstimmig die Absendung eines Manifestes an Wilson, in dem ausgeführt wird, die Entente sei verpflichtet, unter den nötigsten militärisch-diplomatischen Garantien auf eine Besprechung des deutschen Vorschlags einzugehen. Das Manifest betont die demokratischen Reformen Deutschlands und hofft auf Wilsons baldige zweifelhafte Schritte zur Verheißung des Friedensschlusses.

Gachin erklärte: Die Stunde ist gekommen, um zu den Friedensfragen Stellung zu nehmen. Der Kongress ernannte einen Ausschuß, der in der Nachmittagsitzung hierüber Bericht erstatten sollte. Hierauf wurde wie vorsehend beschlossen.

Reuter und Havas.

Die offiziellen Telegraphenbureaus Englands und Frankreichs nehmen das Wort. Der Unterschied fällt auf. Reuter ist ruhig, forreht und zurückhaltend, Havas nervös, abweisend, kriegerisch.

Aus London wird vom 7. Oktober gemeldet: Das Reutersche Bureau wurde gestern am späten Abend amtlich verständigt, daß die königliche Regierung, solange die Vorschläge der deutschen Regierung, die jetzt, wie man glaube, unterzogen seien, nicht eingetroffen seien, keine amtliche Kenntnis von ihnen besitze. Unter diesen Umständen habe es keinen Zweck, daß die königliche Regierung einen Kommentar dazu gebe. Eine amtliche Meinungsäußerung müsse notwendigerweise verschoben werden, bis der Charakter der Vorschläge amtlich bekannt sei.

So lange kann man aber in Frankreich nicht warten, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

Paris, 6. Oktober. Zu dem Friedensschritt der Vorkonferenzen bringt Havas eine längere Meldung, in der es heißt: Das Anerbieten Deutschlands und seiner Verbündeten auf Verheißung eines Waffenstillstandes und sofortigen Eintritt in Friedensverhandlungen, das Herrn Wilson von Österreich-Ungarn als seinem treuen Vollziehungsbeamten gemacht worden ist, ist ein abgeklärtes Manöver zwischen den Mittelmächten und ein Teil des ganzen vorsehenden Planes der Friedensoffensive. Obgleich die französische Regierung noch nicht amtlich Stellung genommen hat, kann man unschwer voraussehen, welche Antwort sie darauf geben wird. Unter den gegenwärtigen Umständen kann die Antwort nur in einem Nein bestehen.

Die Meldung schließt: Um ihr Ziel zu erreichen, fürchten die Feinde nicht, sich unter die Führung des verachtungswürdigen Namens Wilson zu stellen, indem sie sich bereit erklären, eine Erörterung anzunehmen, auf der Grundlage, die er in so bereiten Worten niedergelegt hat. Aber Wilson hat selbst im voraus auf die heuchlerischen Bitten geantwortet, als er am 27. September 1918 im Embassadenpark mit den Alliierten es aus sprach, daß kein Friede mit Dandeln und Kompromissen erreicht werden könne, daß jeder Sieg der Alliierten über Deutschland die Völker dem Frieden näher bringe, allen Völkern Sicherheit gebe und für immer die Wiederkehr eines so unversöhnlichen Ringens unmöglich mache werde, und daß die Welt den Endtag der Gerechtigkeit und der Aufrichtigkeit wolle. Die einzige Antwort, die das Friedensangebot der Mittelmächte verdient, ist die unserer Vorfahren im Konvent: Man verhandelt nicht mit dem Feinde auf dem Boden des besetzten Vaterlandes.

Das läßt auf einen starken Temperaturunterschied zwischen und jenseits des Kanals schließen. Aber es ist psychologisch verständlich, da Frankreich unter dem Krieg schwerer gelitten hat als England und sich jetzt die Kraft zutraut, im Verein mit seinen Verbündeten den Feind aus dem Lande herauszubringen. Dazu kommt die choleriche Gemütsart Clemenceaus, der die Anstrengungen der von Longuet geführten Sozialisten noch kein wirkliches Gegenwärtiges entgegenzusetzen vermocht haben. Würde Frankreich auf dem Standpunkt beharren, mit einem auf französischem Gebiet stehenden Feind nicht zu verhandeln, so könnte sich daraus der Wunsch Wilsons ergeben, Deutschland möge die besetzten Gebiete Frankreichs vor Beginn der Verhandlungen räumen. Mit dieser Möglichkeit wird also jetzt schon zu rechnen sein.

Die Genfer Zeitung „Revue“ meldet: Politische Kreise betrachten die abschließende Havasnote nicht als eine authentische Meinungsäußerung der französischen Regierung zu den Friedensvorschlägen der Mittelmächte. Die gleiche Ansicht herrscht in den Kreisen der Schweizer Börse vor, die mit stürmischer Gausse und Devoten das Friedensangebot der Mittelmächte beantwortete.

Stimmen der französischen Presse.

Genf, 8. Oktober. Die Pariser Presse verhält sich zu den Friedensvorschlägen weit weniger ablehnend, als dies die Havasnote vermuten ließ. Mit Ausnahme des „Temps“ und des „Matin“, die jedem Frieden prinzipiell abgeneigt sind, geben die Blätter zu, daß eine mögliche Verhandlungsbasis vorhanden ist. Das „Petit Journal“ sieht in der vorherigen Räumung der besetzten Gebiete eine Vorbedingung zu den Verhandlungen. „Journal des Débats“ unterscheidet zwischen den Bedingungen für einen Waffenstillstand und für einen Frieden. Für den Frieden sei die Räumung der besetzten Gebiete unerlässlich. Ueber den Frieden gelte Wilsons Wort, daß kein Kompromiß über die Prinzipien zulässig sei. „Petit Parisien“ hebt hervor, daß aus der deutschen Note nicht klar die Annahme der Wilsonschen Grundsätze hervorgehe. Jedenfalls sei ein großer Schritt zum Frieden geschehen. Longuet tritt im „Populaire“ für die Annahme der deutschen Note ein, die allen wichtigen Bedingungen entspreche. Die Kriegshetze vergessen, so meint er, daß Deutschland noch über mindestens 9 Millionen Soldaten verfüge. Eine abschlägige Antwort könne nur den Alliierten zugute kommen. Selbst Hervé gibt in der „Victoire“ zu, daß die Friedensnote Deutschlands keine Falle, sondern ernst gemeint ist. Eine vernünftige Verhandlungsbasis sei gegeben.

Robert Cecil's Forderungen an Deutschland.

Lord Robert Cecil gewährte dem Londoner Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 2. Oktober in London eine Unterredung, in der er sagte:

Der deutschste Beweis für den Fortschritt des Gedankens des Völkerbundes liegt wohl in der Tatsache, daß er auch im deutschen Volke immer mehr Wurzel schlägt, und daß die große Mehrheit des deutschen Volkes jede Möglichkeit, dem Krieg ein Ende zu machen und künftigen Kriegen vorzubeugen, begrüßt. Dies werden alle diejenigen, die wissen, was das deutsche Volk gelitten hat und noch zu leiden hat, gerne glauben. Weniger leicht sei es, die Frage zu entscheiden, in wie weitem Maße die deutschen Staatsmänner und Politiker mit dem Gedanken der Begründung des Völkerbundes aufrichtig sympathisieren. Bisher habe sich ihre Zustimmung mit wenigen Ausnahmen auf allgemeine Redewendungen beschränkt. Man vernehme viele Reden, aber wahrscheinlich würde eine einzige Erklärung aus dem Munde eines leitenden deutschen Staatsmannes genügen, die Welt dem erstrebten Ziele näher zu bringen. Dieser müßte die bündige Versicherung abgeben, daß Belgien geräumt und in seiner unbeschränkten Unabhängigkeit wiederhergestellt sowie auch die übrigen Fragen ohne Anzweiflung und ohne Entschuldigungen mit schuldiger Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei Friedensschluß gerettet werden, endlich daß gegen eine Wiederkehr des Krieges durch Abrüstung, Schiedsgerichte und Begründung eines Völkerbundes Schutzwehren geschaffen werden müssen. Trotz des bemerkenswerten Umschwunges in den Anschauungen, der sich in Deutschland vollzieht, hat indessen noch kein deutscher Staatsmann sich zu dem neuen Weltdeal bekannt. Aus diesem Grund ist es schwer für uns und ebenso für die Kreuzritzer, über die Aufrichtigkeit der Vorschläge sich Klarheit zu verschaffen, um eine Entscheidung über die leitenden Grundzüge zu begreifen.

Dieser Lage später ist nun alles Wirklichkeit geworden, was Cecil als Voraussetzung für Verhandlungen bezeichnet hat. Logischer Weise müßte man annehmen, Cecil werde nun mit Eifer für einen sofortigen Frieden eintreten.

Ruhige Aufnahme beim englischen Volk.

Genf, 7. Oktober. Heute früh liegen hier noch keinerlei Neuheiten englischer Blätter über das deutsche Friedensangebot und die Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden vor. Der Antrag zum Waffenstillstand wurde gestern abend durch Extrablätter bekanntgegeben. Das Publikum verhielt sich ruhig. Deutschfeindliche Kundgebungen irgendwelcher Art oder auch nur häßliche Freundschaftsäußerungen schienen nirgends vorgekommen zu sein.

Amsterdam, 7. Oktober. Zur Beurteilung des Eindrucks, den der deutsche Friedensschritt auf die offizielle und öffentliche Meinung in England gemacht hat, wird man vorläufig nur auf die Mitteilungen angewiesen, die Reuter verbreitet. Nach diesen Reuterberichten ist die Aufnahme des deutschen Friedensangebotes mehr oder weniger wohlwollend, wenn auch fast durchweg noch weitgehende Zugeständnisse gewünscht werden. In maßgebenden und gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen scheint man allgemein der Meinung zu sein, daß Deutschland einen großen Schritt nach der guten Richtung hin getan habe. Dieser Schritt sei aber noch nicht groß genug. In nicht offiziellen Londoner Kreisen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Vorschläge vollkommen aufrichtig sind, aber man sagt, daß sie nicht aus einer für den Frieden notwendigen oder aus einer geläuterten Gemütsstimmung hervorgingen, sondern aus der zwingenden Notwendigkeit, eine Katastrophe abzuwenden.

Die Stunde der Entente-Sozialisten.

An der Beantwortung der deutschen Friedensnote durch die Gegner hängt jetzt das Schicksal der Welt. Eine ungeheure Verantwortung lastet nicht nur auf denen, welche diese Antwort in letzter Instanz formulieren und erteilen, sondern auch auf all den weiteren Kreisen, die durch ihre Willensfundgebung die Entscheidung der Antwortenden mit beeinflussen. Für die sozialistischen Parteien der im Ententebund gegen uns kriegsführenden Länder ist jetzt die große Gelegenheit gekommen, die Größe und Macht ihres Friedenswillens zu erweisen und in eine weltgeschichtliche Entscheidung umzusetzen.

Die Sozialisten der geenerischen Länder stehen vor einer klaren Situation. Der ernstliche, tiefe Friedenswille des deutschen Volkes und seiner jetzigen, auf demokratischer Grundlage zustandekommenen Regierung kann ernsthaft nicht bestritten werden. Zunächst ein Wort über die in Deutschland vollzogene innere Wandlung. Genosse Longuet hat, wenn uns der Telegraph richtig unterrichtet hat, im „Populaire“ bereits die Frage aufgeworfen, was denn Frankreich für ein Interesse daran habe, vor der Bedeutung unserer innerpolitischen Vorgänge krampfhaft die Augen zu verwickeln. Der französische Chauvinismus hat ein solches Interesse gewiß, denn diese Entwicklung nimmt ihm eine jugendliche Kriegsparole. Aber das ergibt schon, daß das Interesse der ehehlichen Verständigungsfreunde auf der entgegengesetzten Seite liegt.

Nun begreifen wir ein gewisses Maß von Skepsis bei den ausländischen Genossen ohne weiteres. Sie haben vielfach auf eine Parallelerklärung zur russischen Revolution geredet, und sehen nun mit einiger Enttäuschung, daß in Deutschland die Entwicklung nicht den Weg der Revolution, sondern der Reform nimmt. Sie wollen nicht glauben, daß diese Reform bereits den entscheidenden Umwälzung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands darstelle, deshalb möchten sie an ihrer Echtheit, Aufrichtigkeit und Dauerhaftigkeit zweifeln. Wären sie nicht nur unseren Stimmen, sondern auch denen neutraler Sozialisten, die die Dinge in Deutschland aus eigener Anschauung konnten, mehr nachgegangen als ihren liebgeordneten Illusionen, so würde jetzt ihr Erstaunen und Mißtrauen geringer sein. Wir und andere haben oft genug auseinandergelegt, daß das deutsche Volk die Vorstellung einer Revolution als gleichbedeutend mit Selbstmord so lange ablehnen muß, wie der Druck einer Umklammerung durch vielfache feindliche Uebermacht anhält. Wollte es nicht mit der zu befechtenden Herrschaft gleichzeitig den Staat selber in die Luft sprengen, so blieb während des Krieges ihm nur der Weg der Reform. Man wendet ein, daß eine Herrscherklasse wie die preussisch-deutsche nicht ohne materiellen Zwang zu befechtigen ist. Das ist richtig. Aber hat es hier wirklich an einem Zwang der Verhältnisse gefehlt? Drückt es einer inneren Umwandlung den Stempel auf, wenn die Herrschenden so bormiert sind, in aussichtsloser Lage ihre Gewalt bis zum letzten zu verteidigen und nicht ohne vorherige Schieberei auf der Straße ihre Macht fahren zu lassen?

Nein, die Wandlung der Machtverhältnisse im Innern Deutschlands ist ebenso wenig zu bestreiten wie der ernste Friedenswille der neuen Regierung. Die deutsche Rolle an Wilson zeigt das deutsche Volk in voller und aufrichtigster Friedensbereitschaft. Diese drückt sich klar in der Annahme einer Verhandlungsbasis aus, deren Urheber sich sicher nicht von besonderem Wohlwollen für Deutschland hat leiten lassen. Das deutsche Volk und seine Regierung wollen nicht nur Frieden in dem Sinne, wie jeder Frieden will, nämlich dann, wenn der Frieden für ihn eine angenehme und vorteilhafte Sache ist, sondern sie sind bereit, im Interesse der Verheißung des Friedens Opfer zu bringen, Opfer, von denen die Gegenseite vielleicht behauptet, daß sie selbstverständliche Gebote der Gerechtigkeit sind. Aber sie soll dabei nicht vergessen, daß für zwei widereinander streitende Teile die Gerechtigkeit ein verschiedenes Gesicht hat. Es ist hier wie vor dem Gericht, wo oft beide Parteien gleichmäßig von der Güte ihrer Sache überzeugt sind, — nur daß im Weltkrieg der über den Parteien waltende Richter fehlt. Wenn das deutsche Volk nun den geenerischen Rechtsstandpunkt, auch wo es ihm hart ankommt, als Verhandlungsbasis gelten lassen will, so ist dies ein wirkliches und nicht zu unterschätzendes Opfer, das im Interesse des Friedens gebracht wird.

Aber auch nur den geenerischen Rechtsstandpunkt. Da liegt die Grenze. Nicht irgendeinen geenerischen Macht- und Gebietsanspruch. Soweit unsere Geener aufrichtig im Interesse einer höheren Rechtsidee fordern zu können glauben, ist Deutschland bereit, darauf einzugehen. Aber

gegen brutale Machtdrucke muß es sich zur Wehr setzen. Das bezeichnet die entscheidende Aufgabe der sozialistischen Parteien der Gegenseite. Auch sie haben innerhalb ihrer Länder, von Ausnahmen abgesehen, den Rechtsstandpunkt nach ihrer Ueberzeugung vertreten und den Rechtsstandpunkt bekämpft. Zwischen ihnen und dem deutschen Volk sowie seiner Regierung besteht jetzt volle Uebereinstimmung. Diese findet auch noch außen hin ihren Ausdruck: Die interalliierte Arbeiterkonferenz hat sich am 21. September einstimmig auf den Boden der vierzehn Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms gestellt. Auf der gleichen Grundlage bietet die deutsche Regierung den Frieden an. Kann eine Situation eindeutiger sein?

Die Sozialisten der Ententestaaten können nicht nur, sie müssen fordern, daß bei dieser Uebereinstimmung sofort verhandelt und dem Winterkrieg ein Ende gemacht wird. Sie haben uns, der deutschen Mehrheitspartei, oftmals den Vorwurf gemacht, daß wir den deutschen Imperialismus nicht mit der genügenden Entschiedenheit und Energie bekämpft hätten. Wir wollen heute nicht darüber streiten, wieviel unser Gewissen gut ist. Aber vielleicht machen unsere französischen und englischen Genossen in diesen Tagen an eigenen Leiden die Erfahrung, daß es umso schwerer ist, der imperialistischen Rassistik Einhalt zu gebieten, je mehr sie sich an Siegen berauscht hat und je näher sie sich der Verwirklichung ihrer Ziele glaubt. Sie haben hier jedenfalls eine glänzende Gelegenheit, der Welt zu zeigen, wie der sich als Sieger fühlende Imperialismus durch den Sozialismus bekämpft und gebändigt wird.

Dieser Kampf ist aber für sie von allerhöchster Bedeutung. Denn heute kann der Frieden nur an einer Möglichkeit scheitern: daß nämlich Deutschland von einem übermächtigen Feinde Bedingungen gestellt werden, die auch über das weit hinausgehen, was die auf der Gegenseite kämpfenden Genossen als Gerechtigkeit betrachten. Dagegen zu kämpfen, dies zu verhindern ist die schwerere Pflicht der Sozialisten der Entente. Philipp Scheidemann, den auch ein Teil von ihnen gern als „Kaisersozialisten“ verachtet, hat gleichwohl vor andertalbhundert Jahren im Reichstag erklärt: Würde der deutschen Regierung ein Friedensangebot auf der Grundlage ehrlicher Verständigung gemacht und sie ließe den Krieg fortgehen, so wäre in Deutschland die Revolution da.

Die Augen der ganzen Welt sind auf die Sozialisten der gegnerischen Länder gerichtet, ob sie mit ihrer ganzen Macht, die nicht gering ist, ihre Regierungen zwingen werden, in Friedensverhandlungen einzutreten. Vermögen sie etwas hierin, sind sie lau gegenüber ihrem einheimischen Imperialismus, so trägt sie die furchtbare Verantwortung für das kommende Blutvergießen.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben ihnen den Kampf gegen den Entente-Imperialismus jetzt aufs äußerste erleichtert, indem unter unserer härtesten Mitwirkung eine demokratische Regierung zustande kam, die den Frieden auch unter eigenen Opfern erstrebt. Scheitert das Friedensangebot, so kann unsere Hilfe für die Genossen der Gegenseite nur noch ganz an derer Art sein. Unsere eigenen Erfahrungen gegenüber Rußland haben uns gelehrt, daß der Imperialismus sich umso unwiderstehlicher emporreckt, je weniger Widerstand er sich auf Feindeseite gegenübersieht. Unser Einfluß auf die russische Friedensgestaltung schwand in dem Maße, in dem das russische Meer auseinanderließ und sein Land feindlichem Einfall offenlegte. Wird Deutschland durch unerhörte und vernichtende Forderungen zu einem Endkampf der Verzweiflung gezwungen, so können unsere französischen und englischen Genossen in ihrem eigenen Interesse nicht wünschen, daß wir deutschen Sozialisten wie die Volschewisten handelsten. Zum Siege ihrer eigenen Politik wäre unser entchiedenster Widerstand notwendig. Aber dieser Widerstand würde gleichzeitig Tausenden ihrer und unserer Volksgenossen das Leben kosten. Wird das deutsche Friedensangebot abgelehnt, so käme der ehrliche Sozialismus auf der Ententeleiste also in eine entscheidende Lage, in einen unüberbrückbaren Zwiespalt der Gefühle. Er muß den kräftigen Widerstand des deutschen Volkes, und kann doch nicht den Tod der eigenen Volksgenossen wünschen. Dieser Zwiespalt bedeutet unter Umständen für eine Partei das Ende der politischen Existenz.

Um seiner selbst willen muß der Sozialismus der Ententeleiste jetzt den Frieden mit aller Macht herbeiführen helfen. Was er damit der Menschheit und der Internationale leistet, bedarf keiner Ausführung.

Die deutschen Truppen in Mazedonien.

Tagesbefehl der Heeresgruppe Scholtz.

Berlin, 7. Oktober. Seit Wochen stehen die deutschen Truppen der Heeresgruppe in schweren Kämpfen. In kleinen Gruppen weiträumig auf die bulgarischen Streitkräfte verteilt, oft ganz auf sich selbst gestellt, haben sie bei Beginn des feindlichen Angriffs in ausdauerndster Weise versucht, die wankende Front des einstmaligen tapfer kämpfenden Bundesgenossen zu stützen und ihm die Früchte gemeinsamer Siege zu erhalten. Der Verbindungen und des Nachschubs beraubt, haben auch die deutschen Truppen schließlich der erdrückenden Uebermacht weichen müssen, nie aber hat ihr soldatischer Geist versagt! In zähem Widerstand, hinter Abschritten und auf Höhen sich festklammernd, haben sie dem Feinde den leichten Erfolg verwehrt. Oft ohne alle Nachrichten, in Unkenntnis der Lage, im schwierigsten, ungewohnten Gelände haben Führer und Truppen gezeigt, daß deutsche Soldaten auch in der verzweifeltsten Lage nicht müde werden, daß das Vertrauen zwischen Führer und Truppe nicht zu untergraben, deutsche Disziplin nicht zu erschüttern ist! Warnend stand jedem der Zusammenbruch einer einst tapferen Armee vor Augen!

Allen, die in diesen letzten Wochen gekämpft und getötet, gehungert und gedurstet und doch in unerschütterlicher Treue ihre Pflicht getan haben, spreche ich meinen wärmsten Dank und meine vollste Anerkennung aus. Mein Dank und meine Anerkennung gilt ganz besonders auch den bewährten deutschen Führern und Stäben. Ost auf verlorenen Boden haben sie unter vollem Einfluß ihrer Kraft und ihrer Person ihr Bestes hergegeben. Sie haben das Verdienst, mit ihren tapferen deutschen Truppen den völligen Zusammenbruch der bulgarischen Armee so lange als möglich hinausgeschoben und damit Zeit für weitere Maßnahmen gewonnen zu haben. Ehre dem Andenken unserer gefallenen Kameraden! Ihre Gräber auf mazedonischer Erde werden für immer ein Denkmal deutschen Heldentums und deutscher Soldatentugend bleiben. Und nun frisch auf zum neuen Kampf, voll Mut und Vertrauen! Der Oberbefehlshaber v. Scholtz, General der Artillerie.

Fordanernd schwere Kämpfe nördlich von St. Quentin — Angriffe gegen die neuen deutschen Stellungen an Aisne und Snippes — Gefechtspause in der Champagne — Die Amerikaner zwischen Argonnen und Maas wiederum abgewiesen.

Berlin, 7. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Verläufe Kämpfe nördlich der Scarpe. Nördlich von St. Quentin und zwischen Argonnen und Maas haben sich in den Abendstunden feindliche Angriffe entwickelt. In der Champagne ruhiger Tag.

Amtlich. Großes Hauptquartier. Berlin, 7. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und vor Cambrai ruhiger Tag.

Heeresgruppe Doehle.

Nördlich von St. Quentin dauern die schweren Kämpfe seit Mitte September fast ununterbrochen fort. Trotz wiederholten Einlasses frischer Verbände hat der Feind hier bisher keine nennenswerten Erfolge erzielen können. Auch gestern sind keine Angriffe, die sich am Vormittage nördlich von Le Catelet und beiderseits von Lezardins entwickelten und am Nachmittag auf breiter Front nördlich von St. Quentin vorbrachen, gescheitert. Der Feind, der am Soume-Kanal zunächst auf Essigny le Petit Boden gewann, wurde durch erfolgreiche Gegenstöße und nützliche Unternehmungen wieder bis auf Remaucourt zurückgedrängt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Feind folgte gegen unsere neuen Stellungen an der Aisne und Snippes zwischen Fontaverit und Bazancourt (sah) nach und ließ vielfach im Angriff gegen sie vor. Kämpfe entwickelten sich bei Fontaverit, Bery und Bac, östlich der Straße Reims-Neuchâtel und bei Bazancourt. Der Feind wurde überall abgewiesen. An einzelnen Stellen hatten sich kleine Abteilungen auf dem nördlichen Snippes. Mit stärkeren Kräften griff der Gegner an der Aisne und westlich von St. Etienne an. Auch hier ließen seine Angriffe in unseren Gegenstößen ohne Erfolg.

An der Schlachtfront in der Champagne trat gestern noch zehntägigen erditterten Kämpfen Gefechtspause ein. Ostlich von St. Etienne, bei Orseuil und Autry wurden Teilangriffe, an vielen Stellen der übrigen Front kleinere Grundungsversuche des Feindes abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Das Infanterie-Regiment Generalfeldmarschall von Hindenburg Nr. 147, das schon westlich der Maas in erfolgreicher Abwehr und im Angriff erfolgreich dazu beitrug, den Durchbruch des Feindes zu verhindern, schlug auf den Höhen östlich der Aisne den Feind zurück. Geistreiter Kleinowksi tat sich hierbei besonders hervor. Schwerpunkt der feindlichen Angriffe lag auch gestern auf beiden Seiten der von Charpentray auf Romagne führenden Straße. Die dort seit Tagen im Kampf stehenden elap-ischbringischen und westfälischen Regimenter brachen den mehrfachen Ansturm des Feindes völlig zum Scheitern. Der Amerikaner erlitt wiederum schwere Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Oktober. Amtlich wird veröffentlicht:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

In Albanien neuerlich Nachkämpfe am Stambul. Im südlichen Grenzgebiet Mittelserbiens keine größeren Kampfhandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Die Schuld an der bulgarischen Katastrophe.

Angriff Malinoff gegen die Mittelmächte.

Die Sobranje hat am Freitag in geheimer Sitzung, in der die Vertreter aller Parteien ihre Auffassung der Lage darlegten, einstimmig folgende Tagesordnung angenommen: Nachdem die Nationalversammlung die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Gründe, welche zum Abschluß des Waffenstillstandes mit den Ententestaaten geführt haben, gehört hat, billigt sie das Vorgehen der Regierung und geht zur Tagesordnung über. Den Vorschlag Malinoff's, die Ausdrücke in geheimer Sitzung vorzunehmen, hatte nach einer kurzen, durch die Opposition der marxistischen Sozialisten hervorgerufenen Debatte Annahme gefunden. In den Darlegungen, die Malinoff zu seinem Vorschlag gab, hieß es nach einer Mitteilung der bulgar. Telegraphen-Agentur:

Wir alle kennen die ganze Tragweite des Vorgehens, das unser Vaterland betroffen hat, und beklagen tief dieses Unglück. Wir wissen auch, daß dieses Unglück zum großen Teil der Tatsache zuzuschreiben ist, daß wir nicht rechtzeitig von unseren Verbündeten Hilfe erhielten. Aber geschehen ist geschehen, und es gilt jetzt, sich an die Gegenwart zu halten und an die Zukunft zu denken, um soweit als möglich die Folgen der nationalen Katastrophe wieder gutzumachen. Meine Kollegen und ich hätten alles Interesse daran, uns offen auszusprechen, aber wir wollen in diesem Falle, wie stets, die Interessen des Landes über unsere persönlichen Interessen stellen, deshalb schlage ich vor, meinen Bericht in einer geheimen Sitzung der Nationalversammlung zu unterbreiten.

Zu diesen Ausführungen, die man als einen Vorstoß gegen das Bündnis mit den Mittelmächten und gegen die bulgarischen Parteien, die es stützten, einzuschätzen hat, bemerkt Wolffs Telegraphen-Bureau: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, haben während des ganzen Krieges deutsche Streitkräfte, deren Stärke das Maß unserer Verpflichtungen weit überschritt, den bulgarischen zur Seite gestanden. Im übrigen ist der Zusammenbruch der bulgarischen Armee keineswegs ihrer militärischen Schwäche oder Vindergzahl zuzuschreiben, sondern einem Versagen des Geistes der Truppen.

Mit anderen Worten: Die Truppen wollten nicht mehr kämpfen, sondern wollten Frieden, machten kehrt und hatten die Regierung Malinoff nicht gegen sich.

Trotzli über Japan, Amerika und Bulgarien.

In einer Sitzung, die das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets am Montag letzter Woche abhielt, sprach sich Trotzki im Verlauf von längeren Ausführungen über Rußlands Kriegslage ziemlich optimistisch aus. Er sagte laut „Kosla“:

Kein niemals war unsere Partei und die ganze Sowjetmacht so einsig wie jetzt, während in den Reihen unserer Gegner eine harte Zerlegung stattfindet. Damit will ich gewiß nicht sagen, daß überhaupt keine Gefahr mehr besteht, aber sie ist nun in die Ferne gerückt und das ist ein großer Gewinn für uns. Wir erdulden dadurch eine große Atempause. Jetzt kann keine Rede mehr davon sein, daß in einer nahen Zukunft eine militärische Katastrophe über uns herabdrückt. Die Weißgardistischen Streitungen scheiden schon jetzt von den englisch-französischen Landungstruppen wie von einer einschlagenden Bombe, und ihre Wäde sind offenbar nach Japan und Amerika gerichtet. Von dort droht oder kann zweifellos eine Gefahr drohen. Doch diese Gefahr ist von uns durch viele Tausende Kilometer getrennt. Wir können den ganzen Winter zur Stärkung unserer Truppen verwenden, und die von uns eingenommenen Städte werden sofort nach allen Regeln der Kunst fort besetzt. Und selbst wenn man annimmt, daß die Japaner und Amerikaner zur Unterstützung der Weißgardisten und Weißgardisten bis zum Ural vordringen werden, so werden sie noch vor dem Frühjahr dort einen starken Wall unseres Widerstandes vorfinden. Sie müssen ihren Weg durch ein riesiges Land zurücklegen, wobei sie keine Rückendeckung haben. Und sie werden links und rechts von dem durch sie besetzten schmalen Sandstreifen an der Eisenbahn nur Feinde sehen. Sie zu allem bereit sind, um ihr Land und Brot zu verteidigen. Die Japaner und die Amerikaner müssen einen ungeheuren Troß hinter sich herschleppen, und wie reich die technischen Hilfsmittel der Amerikaner auch sein mögen, und wie mächtig der japanische Militarismus auch ist, so werden sie doch diese Wochen und Monate gebrauchen, um durch das riesige Sibirien an die Grenzen Europas zu gelangen. Gegenwärtig hat zwischen Japan und Amerika ein Abkommen stattgefunden. Seine Bedeutung und seine Bedingungen sind uns unbekannt. Wir haben im Laufe des Weltkrieges Beispiele gesehen, wo Verbündete sich in erditterte Gegner ver wandelten; und je mehr wir uns dem Ende des Weltkrieges nähern, desto öfter werden solche Verwandlungen stattfinden. Ob die Uebereinstimmung Amerikas mit Japan noch bis zum Frühjahr dauern wird, kann kein Prophet vorhersehen, und wie weit sich bis dahin die inneren Widerstände in beiden Ländern entwickeln werden, ist unbekannt; denn noch vor einem Monat konnten wir in Japan eine riesige Bewegung von Millionen von Arbeitern beobachten. Diese Tatsache ist äußerst bemerkenswert.

In der Sitzung wurde auch über die Lage in Bulgarien berichtet. Eine Resolution wurde angenommen, in der das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets das bulgarische und das serbische Proletariat und die Bauernschaft begrüßt. In der „Kwestija“ wurde gesagt: Die bulgarische Partei der Tschakaja ist im Laufe der letzten beiden Jahre eine Klassenpartei in diesem Bauernlande geworden. Die bulgarische sozialdemokratische Revolutionärpartei, zu der vor dem Kriege nur die Arbeiter Bulgariens gehörten, hat im Laufe des Krieges das Vertrauen großer Bauernkreise gewonnen, und wir sind heute fest überzeugt, daß diese energische junge Partei als ein Element, das die bulgarische Regierung zum Ausschneiden aus diesem Kriege drängt, eine wichtige Rolle spielt. Trotzki äußerte, das Ausschneiden Bulgariens stärke zwar die feindlichen Kräfte Rußlands, aber es wog dem kein großes Gewicht bei.

Die Schlacht in Frankreich.

Frankösischer Heeresbericht vom 6. Oktober abends. Nördlich von St. Quentin dauerte die Schlacht den ganzen Tag zwischen Morcourt und Sequehart an. Unsere Truppen haben Remaucourt, die Herme Lilloe und mehrere besetzte Wälder genommen. An keinen Stützpunkten leistet der Feind mit wütender Energie Widerstand, ohne dem Vordringen unserer Truppen Einhalt gebieten zu können, die das Gelände Schritt für Schritt erobern, wobei sie mehrere hundert Gefangene machten. Nördlich von Reims haben wir die Snippes an zahlreichen Punkten erreicht. Die deutschen Nachhut auf dem Südrück leisteten starken Widerstand und unternahmten verschiedentlich Gegenangriffe. Unsere Truppen warfen sie zurück, wobei sie ihnen tätige Verluste beibrachten. Wir hatten die Südränder von Eguicourt und das Dorf Bartricourt nördlich der Snippes. Weiter nach rechts erzwangen wir den Flußübergang östlich von Orainville und nahmen den Kirchhof von Font-Bivard. Nicht minder lebhaft Kämpfe spielten sich in der Gegend von Bazancourt und Voulst-sur-Snippes ab. Sie ermühten uns, an die Ränder der Ostseiten vorzurücken. Wir hielten aus Betheniville trotz heftigen Maschinengewehr- und Artilleriefeuers vor und gewannen Boden, ebenso wie nördlich von St. Glément à l'Arce. In der Gegend hielten unsere Truppen während ihres Vormarsches einem sehr starken Gegenangriff stand, ohne zu weichen. Unsere Artillerie schoß auf Sichtweite auf die feindlichen Positionen und brachte ihnen schwere Verluste bei. Der Feind wurde gezwungen, sich in Unordnung zurückzuziehen. Die heutigen Kämpfe haben die Entscheidung von Reims vollendet, dessen Reichum und historische Vergangenheit die Bevölkerung der Deutschen gereizt hatten. Der Feind, der die Stadt mehrmals seit Kriegsbeginn berannt hat und sie in seiner ohnmächtigen Wut in Brand gesetzt hat, hat sie niemals einzunehmen vermocht.

Englischer Heeresbericht vom 6. Oktober abends. Wir verbessernten unsere Stellungen leicht in östlichen Unternehmungen südlich, östlich und nördlich von Aubendun auf Bois. Nördlich der Scarpe haben unsere Truppen

besetzt und haben sich an den Oständern dieser Ortschaft festgesetzt.

Hefige Kämpfe in Serbien.

Serbischer Heeresbericht vom 6. Oktober. Die Vorhuten marschierten gestern nach heftigen Kämpfen in Oranja ein. Viele Geschütze und Maschinengewehre wurden erbeutet. Deutsche und österreichische Gefangene wurden gemacht. Der Feind zieht sich in Unordnung nach Norden zurück.

Das Ergebnis in Palästina.

Englischer Palästinabericht vom 6. Oktober. In der Lage ist keine Veränderung eingetreten. Nördlich und westlich von Damaskus hat unsere Kavallerie bei ihren Ausföhrungen durch das Land in dieser Gegend über 15000 Mann gefangengenommen. Seit Beginn der Operationen in der Nacht vom 18. September wurden über 71000 Gefangene eingebracht, 350 Kanonen erbeutet, abgesehen von etwa 8000 Gefangenen, die die arabische Armee des Königs Hussein beansprucht. Eingeklinken in diese Zahl sind die türkischen Kommandeure der 16., 19., 24. und 68. Division, der Rest der Garnison von Haan (Ali Verbi Pascha) und deutsch-österreichische Truppen (208 Offiziere und 3000 Mann).

Deutsche Schiffe in Chile. Gegenüber Meldungen ausländischer Wäiter, die von umfangreichen Evakuierungen in chilenischen Häfen besonderer Schiffe durch Chile erzählen, wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung an Chile nur drei Schiffe verchartert hat. Die anderen Schiffe sind in den Häfen, wo sie vielfach Hindernisse bilden, nur beiseite geführt. Bei den Gerüchten über größere Evakuierungen Chiles handelt es sich um Fehldungen.

Zur Wahl in Berlin I.

Herrn Kempners Geschäfte.

Ueber das geschäftliche und finanzielle Vorleben des Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei macht Hans Reuß in der „W. a. W.“ u. a. folgende interessante Mitteilungen:

Er (Magimilian Kempner) trat in die Dossentlichkeit vor anderthalb Jahrzehnten, als der Treiber-Schmidt die Leipziger Bank, die Sander-Banken, die Pommerbank dem Schwindel der fieberhaften Geschäftsjahre zwischen 1895 und 1900 erlagen. Ich habe alle Versammlungen betrogener Aktionäre und Pfandbriefgläubiger in jenen Jahren mitgemacht und in fast allen das gleiche Schauspiel erlebt: Herr Magimilian Kempner stand als ein harmloses Versammlungsmittglied unter den Betrogenen, verlangte, und erhielt von dem Einberufer der Versammlung sofort das Wort zu einer raffiniert der Stimmung der Betrogenen angepaßten „starken“ Bemerkung. Die Bureauwahl ergab dann auf einen prompt bereitgehaltenen Jurist aus der Versammlung, daß Herr Kempner mit dem Vorsitz betraut wurde. Die Leute, die ihn wählten, hielten ihn für den Vorsitzenden und Vertreter der Betrogenen, aus deren Mitte er scheinbar kam. In Wahrheit war er der Vertreter der Finanzgruppen, die mit seiner Hilfe sich der zusammengebrochenen Unternehmung bemächtigt, ihre „Sanierung“ durchzuführen wollten, — natürlich auf Kosten der todbenden Versammelten, die Herrn Kempner als ihren Vertreter zu wählen wähnten!...

Herr Kempner war vor dem Kriege Vorsitzender des Aufsichtsrats der amerikanisch-englischen Zigaretten-Trustgesellschaft Jasmagi, der Helfer von Amerikanern und Engländern, die mit großem Erfolge die Unterwerfung des deutschen Gewerbes und Handels der Tabakbranche betrieben, und gegen welche die Bedrohten einen Kampf auf Tod und Leben führten. Als der Krieg ausbrach, rief Herr Kempner seinen Freund Baasche zu Hilfe, um die gefährdeten ausländischen Interessen zu retten; als Vorsitzender der Generalversammlung in dieser Angelegenheit, tat Herr Kempner so, als wisse er von gar nichts, war er die Unschuld selbst; — er, der genialste aller Geschäftsmänner in Deutschland!

Herr Kempner ist auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft Scheidemandel. Diese Gesellschaft war vor dem Kriege notleidend und wurde durch Zusammenlegung der Aktien von 11,4 auf 8,5 Millionen saniert. Trotzdem standen die Aktien hinterher 50. Im Kriege hat die Gesellschaft mit Reich und Staat so gute Geschäfte gemacht, daß trotz Erhöhung des Aktienkapitals auf 11 Millionen 30 Proz. Dividende gezahlt werden konnten, flüssige Werte im Betrage von 57 Millionen vorhanden waren, und die Aktien bis auf 800 kriegten. Wie diese Geschäfte gemacht worden sind, geht daraus hervor, daß vier Strafgerichtliche Untersuchungen gegen die Verwaltung schweben wegen Bilanzverschleierung, Verschlebung großer Mengen anvertrauten Materials usw., und das Reich 23 Millionen zurückfordert, um die es überbottelt worden ist. Herrn Kempner trifft als Vorsitzenden des Aufsichtsrats die Mitverantwortung. Ist es denkbar, daß man ihn wählt in den Reichstag, der eine Kommission zur Revision solcher Kriegsgeschäfte niedergesetzt hat? Es ist unmöglich!

Für die freisinnige Partei ist es weit besser, wenn sie diesmal den kürzeren zieht. Die freisinnigen Wähler finden in dem Kandidaten der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, Hugo Heimann einen Vertreter, der in allem der ideale Widerpart des Herrn Kempner ist. Hugo Heimann ist seit Jahrzehnten bekannt als ein Kaufmann — Verlagsbuchhändler —, der Person und Vermögen in den Dienst des Volkes stellt, der Bildung und der politischen Interessen dieses Volkes; der sein Geld und seine Arbeit daran gesetzt hat, den Mädeligen zu dienen, den Mund der Intelligenz und der Waffe herzustellen. Der Gründer und Erhalter der Volksbibliothek in der Adalbertstraße, der unermüdete Vorläufer einer Wohnungsreform ist in allem der schärfliche Gegensatz zu Herrn Kempner!

Noch eine konservative Kandidatur.

Zur Wahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreis hat der Berliner Deutsche konservative Wahlverein nach erneuter Befragung der Sachlage einstimmig beschlossen, den konservativen Wählern anheimzustellen, schon im ersten Wahlgang dem Vorsitzenden und Wahlkandidaten der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei, Wilhelm Sellert, ihre Stimme zu geben, da diese junge Partei der politischen Ueberzeugung der Konservativen am nächsten steht.

Herr Sellert fordert befallentlich einen „starken Frieden“, bei dem Deutschland von den Germanen Entschädigung an Land, Renten und Geld erhält — Unwahrlich denken wir an einen Vers, den der alte Christian Fürchtegott Sellert vor mehr denn 150 Jahren führte:

Für Sorgen ist mir gar nicht bange, Der lömmt gewiß durch seine Dummheit fort.

Groß-Berlin Mieter-Kampf.

Die Mieterbeisitzer der Mietminderungsämter Groß-Berlins befaßten sich in einer eingehenden Besprechung mit den Bundesratsberatungen zum Schutze der Mieter und mit der Tätigkeit der Mietminderungsämter.

Vor allem wurde betont, daß die Einrichtung der Mieter im breiten Publikum noch viel zu wenig bekannt ist. Es wurde verlangt, daß nicht nur die Presse mehr in Anspruch genommen, sondern auch alle Vierteljahre, zu den Terminen, an denen die Minderungen oder Mietsteigerungen erfolgen, durch Schulenausschüsse auf die Mietminderungsämter hingewiesen werden soll. Ramentlich der Paragraph der Bundesratsverordnung, der besagt, „der Antrag des Mieters ist unverzüglich, nach dem die Minderungen ihm zugegangen ist, zu stellen“, sei viel zu wenig bekannt, und mancher Mieter mußte leider zurückgewiesen werden, weil der Antrag zu spät gestellt war. Auch wurde bemerkt, daß einzelne der Vorsitzenden eine Zeitdauer von 1 Woche, andere eine solche von 2 Wochen für unüberwiegend erachteten. Hier Einheitslichkeit zu schaffen, wie überhaupt in der gesamten Sprachpraxis der Mietminderungsämter sei die in erster Linie zu erhaltende Aufgabe. Es kann jedem Mieter nur empfohlen werden, bei unangenehmen Mietsteigerungen umgehend das Mietminderungsamt, Jannowitzstr. 20/21, anzukommen. Sperrstunden sind von 9—11 Uhr vormittags. Wer nicht in der Lage ist, persönlich seine Klage anzubringen, kann dieselbe auch schriftlich einreichen. Jedenfalls ist davon zu warnen, daß der betreffende Mieter sich vorher nach einer anderen Wohnung umsieht, und wenn er eine neue Wohnung nicht finden kann, erst die Klage beim Mietminderungsamt einreicht.

Es ist angebracht, den Vermieter von dem Anrufen des Amtes in Kenntnis zu setzen, damit dieser bei Weitervermietung der Wohnung nicht inkonsequent vorgehen kann. Auch ist für jeden neuen Mieter notwendig, sich erst zu erkundigen, ob der Vermieter auch schon vollständig über die Wohnung verfügen kann. Denn einschneidend im Anrufungsfall das Einigungsamt zugunsten des alten Mieters, so kann auf Antrag des Vermieters ein etwa bereits geschlossener neuer Mietvertrag aufgehoben werden, ohne daß der Mieter Schadenersatzansprüche geltend machen kann. Es ist das besonders hart bei Entscheidungen, die nur wenige Tage vor dem Umzugsstermin gefällt werden.

Wiederholt ist im abgelaufenen Quartal in Erscheinung getreten, daß Klagesagen, die bereits im Juni eingereicht waren, erst im September zur Verhandlung kommen konnten. Der Grund liegt in der großen Anzahl der eingereichten Klagen und der ungenügenden Anzahl von Beisitzern.

Die Mieterbeisitzer verlangen: Aufstellung von einheitlichen Richtlinien in der Spruchpraxis der Einigungsämter. Angemessene Entschädigung der Beisitzer. Zugehörigkeit der Beisitzer zu den Besprechungen zwischen dem Magistrat und den Vorsitzenden, damit die Beisitzer nicht nur auf die Mitteilungen der Vorsitzenden angewiesen sind, deren Auffassungen sich in zahlreichen Fällen als grundverschieden erwiesen haben. Ferner, daß die Un-

Das schlimmste
Rechtsmittel
Haft auf dem Reichsbank
Damm Aufschicht Miets
Reisung Bank ist.

verzüglichkeit der Klage als gewahrt gilt, wenn sie mit Beginn der vertraglichen Kündigungsfrist eingereicht ist. Dieser letztere Punkt ist deshalb von Wichtigkeit, weil eine Reihe von Hauswirtschen Wochen und Monate vor der vertraglichen Kündigungsfrist Mietsteigerungen und Kündigungen vornehmen, so daß der Mieter nicht immer in der Lage ist, auf so lange Zeit im Voraus zu disponieren. Die dann mit Beginn der vertraglichen Kündigungsfrist eingereichten Klagen wurden aber als verspätet angesehen und abgelehnt.

Es wurde ferner angeregt, den gesetzlichen Mieterklausur auch den Mieterklausur zuzusetzen werden zu lassen, da der Mieterklausur, der bei der Vermietung von Zimmern zutage tritt, nicht minder gefährlich ist, als die maßlosen Steigerungen der Wohnungspreise.

Als instruktives Beispiel für die von den Berliner Mietminderungsämtern zuweilen den Mietern geleistete „Hilfe“ sei folgender Fall mitgeteilt:

Eine in Berlin wohnende Arbeiterfrau beantragte gegen eine Mietsteigerung in der zweiten Hälfte des Juni schriftlich die Entscheidung des Einigungsamtes. Zwölf Wochen hindurch ließ das Einigungsamt nichts von sich hören. Mit der Wirtin dagegen hatte das Einigungsamt sich in Verbindung gesetzt. Einmal, nach je dreizehn Wochen, erhielt auch die Mieterin eine Aufforderung, zur Besprechung ihrer Mietangelegenheit sich einzufinden. Bei unverändert bleibender Beihilfe war im Laufe eines Jahres der von der Mieterin zu zahlende Betrag von 2,50 M. auf 14 M. und die von der Wirtin erzielte Einnahme von 21,50 M. auf 32 M. gestiegen. Die Mieterin meinte, unter solchen Umständen sei doch wohl für das Einigungsamt ein Grund gegeben, mähtigen einzugreifen. Aber im Bureau wurde sie eines anderen belehrt. Eine der dort Schreibenden Damen fehlte ihr aufeinander, die Wirtin habe nicht zuzulassen, daß die Mieterin werde wohl nicht erreichen. Die Mieterin, die nicht wußte, daß noch keine Verhandlung, sondern erst eine Besprechung stattfand, zog darauf ihren Einspruch zurück und gab zu Protokoll, daß sie mit 32 M. einverstanden sei. Auf Grund dieser Erklärung kam dann zwischen ihr und der Wirtin ein neuer Vertrag über 32 M. Miets zustande.

Wissen möchten wir, warum das Einigungsamt ein Vierteljahr gebraucht hat, um schließlich zu solchem Ergebnis zu kommen. Was wäre geschehen, wenn die Streitenden sich nicht auf einen neuen Vertrag geeinigt hätten? Die Wirtin hätte sich keine Sorge darum zu machen brauchen, wie sie noch in den letzten Tagen vor dem 1. Oktober ihre Wohnung los werden sollte. Wo hätte aber die Mieterin so kurz vor dem Umzugstag noch eine Wohnung finden sollen? Leicht hätte für sie die Anmietung des Mietminderungsamtes den Erfolg haben können, daß sie obdachlos geworden wäre!

Bürgerausschuß Groß-Berlin.

Im Oktober des Jahres 1917 gegründet, hat der Bürgerausschuß im verfloßenen Jahre bereits eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Es gehören demselben ca. 900 persönliche Mitglieder und 136 Körperschaften als Mitglieder an. Der Ausschuß hat zwölf Hausausweise eingeseht, die in den nächsten zwei Monaten mit ihren Arbeiten fertig werden dürften. Die von den Hausausweisen festgestellten Grundfälle über die wichtigsten Fragen der Vereinstätigkeit Groß-Berlins sollen dann der Öffentlichkeit übergeben werden. Leider hat sich bisher eine Uebereinstimmung bezüglich der Unterbringung von Kranken in einem Krankenhaus einer anderen Gemeinde noch nicht erzielen lassen. Auch die einheitliche Kostenverteilung Groß-Berlins mußte erst durch Eingreifen militärischer Stellen geregelt werden, da verschiedene Gemeinden Groß-Berlins ihr besonderes Süppchen loden wollten. Jetzt sind noch eine ganze Reihe von Ortsteilen im Kreise Rixdorf, Rixdorf und Lützow vorhanden, die die Kohlenartie noch nicht eingeführt haben.

Der Minister des Innern hat sich im Juni dieses Jahres an den Vorsitzenden des Bürgerausschusses gewandt mit dem Ersuchen, ein schriftliches Gutachten über die Reform der Kommunalverwaltung von Groß-Berlin zu erlassen. In einer am 30. Juni stattgefundenen Konferenz sind leider die Vertreter der Stadt Berlin und Schönberg mit ihren Ansichten allein geblieben.

Vorstand und Ausschuß erklärten, daß die jetzt frei gewordenen Stellen des Direktors des Zweckverbandes Groß-Berlin zuerst nicht besetzt werden sollte. Es wird damit gerechnet, daß man jetzt auch in Regierungsstellen sich zu der Ansicht durchringen wird, daß eine grundsätzliche Reform der Verwaltung des Zweckverbandes durchgeführt werden muß, sowie daß eine Gesamtgemeindeverwaltung Groß-Berlins durchgeführt werden muß. Sollte jedoch die Stelle wieder besetzt werden, so soll darauf gedrängt werden, einen Anhänger der Bestrebungen des Bürgerausschusses in diese Stelle zu bringen.

Die Generalversammlung des Bürgerausschusses soll Ende November stattfinden. Es soll nochmals ein Aufruf an die Bevölkerung, den Bürgerausschuß in die Bestrebungen der Vereinstätigkeit Groß-Berlins zu unterstützen, erlassen werden. Notwendig ist die Erwerbung der Mitgliedschaft als auch die Zahlung von einmaligen Beiträgen.

Dem nach Polen übergestellten Stadtrat Dr. Licht wird der Dank für seine bisherigen Arbeiten ausgesprochen. Der Vorstand wird Vorschläge über die Befestigung der durch das Ausschließen freigewordenen Stellen machen.

Militär-juristische Sprechstunde des „Vorwärts“.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat seit 1. Oktober eine militärjuristische Sprechstunde eingerichtet, die von einem Spezialkenner dieses Gebietes geleitet wird. Abonnenten des „Vorwärts“, die für sich oder ihre Angehörigen Ratshläge in militärstrafrechtlichen Angelegenheiten brauchen, können jeden Montag und Donnerstag von 5—7 Uhr abends ab zu diesem Zweck an der bekannten Stelle, Lindenstraße 3, 1. Hof links, bei uns vorkommen.

Vom Erfolg der Gasverbrauchseinschränkung.

Der Gasverbrauch soll, so wird unter Strafandrohung verlangt, insbald eingeschränkt werden. Die in diesem Jahre erreichte Verbrauchseinschränkung ist doch nicht so gering, wie man nach den immer wiederkehrenden Mahn- und Warnrufen der Behörden annehmen könnte. Die Gaswerke der Stadt Berlin, deren Versorgungsgebiet auch einen Teil der Vororte umfaßt, erzeugten in der ersten Hälfte des Jahres 1918 etwa 158 Millionen Kubikmeter Gas. Das ist um reichlich 10 Millionen Kubikmeter weniger als in dem ersten Halbjahr von 1917, wo sie über 168 Millionen Kubikmeter erzeugen mußten. Allerdings wird die Gaserzeugung des ersten Halbjahres von 1918, die sich auf nur etwa 133 Millionen Kubikmeter belief, durch diejenige des ersten Halbjahres von 1918 immer noch um 5 Millionen Kubikmeter übertroffen. Inzwischen hat aber im Gebiet der Berliner Gaswerke die Schar der Gasverbraucher erheblich zugenommen, so daß trotz aller Verbrauchseinschränkung die dem einzelnen Verbraucher aufgenötigt wurde, für die Gesamtmenge des Gasverbrauchs kein Rückgang zu erwarten war. Daß trotz Verbrauchsermehrung der gesamte Gasverbrauch jetzt noch fast neun Zehntel desjenigen von 1918 betragend werden könnte, halten wir für unmöglich.

„Ueberflüssig“ — ?

Die Auflösung von Gemeindefchulen wird in Berlin flott fortgesetzt. Mit Eröffnung dieses Vierteljahres hat die 31. Schule (Bernauer Straße) aufgehört, eine selbständige Anstalt zu sein. Von ihr sind nur noch einige Klassen verbleiben, die einzuweisen als Filiale der benachbarten 210. Schule (Streitberger Straße) weitergeführt werden. Benommen wird jetzt auch mit dem Abbau der 11. Schule (Georgentischplatz), der 50. Schule (Dieckmeierstraße) und der 92. Schule (Winterfeldstraße), die nach Ansicht der Schulverwaltung gleichfalls „überflüssig“ sind. Sechsjährige Schulklassen werden diesen Schulen nicht mehr zugewiesen, so daß ihnen der Nachwuchs fehlt und dann von selber eine Klassenstufe nach der anderen wegfallen muß. Gewöhnlich sind die zur Auflösung bestimmten Gemeindefchulen keineswegs schon so schwach besetzt, daß sie nicht noch weiter bestehen könnten. Aber bei Gemeindefchulen gilt es ja dem Magistrat als „Luzus“, ihnen mal eine so mögliche Befestigung zu lassen, wie sie zu einem rechten Erfolg der Unterrichts- und Erziehungsarbeit nötig wäre. In einigen Jahren, von 1921 ab, wird der außerordentliche Geburtenrückgang, den der Krieg und von 1915 ab gebracht hat, seinen Einfluß auf die Befestigung der Schulen ausüben. Berlin hätte da eine Gelegenheit, die Gemeindefschulbesetzung auf ein erträgliches Maß einzuschränken. Im Nachbar aber hat man schon ausgerechnet, daß infolge des Geburtenrückganges die Klassenzahl bis 1924 um 1340 vermindert werden kann. Im 1940 — von überhaupt 3200 Klassen!

Schulschwänzer.

Daß in Berlin die Schulschwänzerei im Laufe des Krieges zugenommen hat, bestätigt der für das Jahr 1916/17 jetzt vorliegende Jahresbericht über die von der Stadt ausgeübte Schulpolizei. Die Verfolgung der Schulverläumdungen gehört ja zu den Aufgaben der „städtischen Polizeiverwaltung“, deren Befugnisse im übrigen für die Residenzstadt Berlin sehr knapp bemessen sind.

Gegen Eltern von Gemeindefchulkindern oder gegen Stellvertreter der Eltern wurden im Schuljahr 1916/17 wegen unbegründeter Schulverläumdungen der Kinder 2721 Strafen festgesetzt, 1107 mehr als im Schuljahr 1915/16, das nur 1614 Straffestellungen gebracht hatte. Auf je 1000 Gemeindefchulkindern verläumdungen in 1916/17 rund 12 Straffestellungen, gegenüber nur 7 auf je 1000 im vorhergehenden Jahr. Die Steigerung vom vorletzten Jahr beträgt volle zwei Drittel. Sie ist aber zum Teil dadurch zustande gekommen, daß gegen Schulverläumdungen mit größerer Strenge als bisher eingeschritten wurde. Für die Beurteilung der Häufigkeit von Schulverläumdungen kann nicht die Zahl der Straffestellungen, sondern die Gesamtzahl der Verläumdungen einen Maßstab geben. In 1916/17 wurden überhaupt 1470 Verläumdungsfälle angezeigt, etwa 68 auf 1000 Gemeindefchulkindern, gegenüber 1229 Anzeigen oder etwa 54 auf je 1000 im vorhergehenden Jahr. Hier ist die Steigerung bei weitem nicht so stark wie bei den Straffestellungen, aber erheblich genug ist auch sie. Sie beträgt hier immer noch über ein Fünftel. Zu beachten ist dabei, daß zeitlich zusammenhängende Verläumdungen desselben Kindes nur als ein Verläumdungsfall gezählt und behandelt wurden. In den meisten Fällen sieht man zunächst keine Strafe fest, sondern versucht es mit Verwarnungen, und erst bei Erfolglosigkeit wird zu Straffestellungen geschritten. Von je 100 Anzeigen wurden im letzten Jahr rund 81 durch Verwarnungen und 19 durch Straffestellungen erledigt, gegenüber 87 Verwarnungen und 13 Straffestellungen auf je 100 Anzeigen im vorletzten Jahr. In diesen Anzeigenschriften und ihrer Erhebung bei den Straffestellungen kommt zum Ausdruck, daß im letzten Jahr strenger verfahren wurde. Vielfach wird auch das Mittel angewendet, Schulschwänzer zwangsweise dem Unterricht zuzuführen. Früher besorgte das der Schulmann, was begreiflicherweise nicht ohne Aufsicht abging. Seit mehreren Jahren ist die Zwangsüberführung dem Schuldiener (oder, wie man jetzt sagt, dem „Schulwart“) übertragen. Im letzten Jahr wurden 873 Schulschwänzer durch ihn gefaßt, gegenüber nur 698 im vorletzten. Auch hier ist ein Mehr zu verzeichnen. Zur Erklärung ob dieser Zunahmen sagt der Jahresbericht: „Die nicht unerhebliche Steigerung der Zahl der gemeldeten Verläumdungen kann nur auf den während der Kriegszeit herrschenden Mangel an väterlicher Erziehung bei den einzelnen Kindern zurückgeführt werden, wie denn auch dieses Fehlen des männlichen Einflusses als Grund für die bedeutende Zahl der erforderlichen zwangsweisen Zuführungen samstägiger Kinder zum Unterricht betrachtet werden muß.“

Genügt es, der Familie allein die Schuld anzuhängen? Wir glauben, daß auch die Schule ein Teil der Verantwortung für Wehrung der Schulschwänzerei trifft. Hier denken wir an die Bildung des ganzen Schulbetriebes. Durch die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit, durch die Fälle der jetzt an die Schulen gestellten, aber zu ihrer Erziehungsarbeit manchmal sehr schlecht passenden Anforderungen. Es ist übrigens zu bedauern, daß nicht auch für die mittleren und höheren Schulen zollenmäßig festgesetzt werden kann, wieviel unbegründete Schulverläumdungen dort vorkommen und ob ihre Zahl in der Kriegszeit zugenommen hat. Die Arbeit unserer Schulpolizei dient nämlich nur der Verfolgung von Schulverläumdungen der Volksschulkindern, während so etwas bei den Schülern und Schülerinnen der mittleren und höheren Schulen nicht für nötig gehalten wird.

Obst.

In diesem Jahre kommt kaum ein Apfel (Birnen, Pfäfen sind historische Begriffe) mehr auf den Markt. Bestenfalls nicht auf den offiziellen. In den Konditoreien kann man gelegentlich Apfel erhaschen, das Stück für 1 M. bis 1,50 M. In Restaurants werden sie auf einem Teller mit Meise und Sabel sowie einer Papierschervette zu gleichem Preise serviert.

Es kommt also doch Obst herein. Auf welchem Wege?
In letzterer Zeit hat das Vieh, die kleinen Hamsterer zu fangen, eine Wüchsigkeit erfahren. Eine gewiß zu billige Sache. So sah man täglich mit den ersten Sägen eine große Anzahl Leute auf das Land, die nicht erst durch den Steuerzettel zu beweisen brauchen, daß sie zu den Kinderheimstätten gehören. Abends lehren sie dann mit geklärten Sägen beim Älter, daß die Ernte nicht werden, man bedarf eines Ausfuhrzweiges, der nur einmal auf den Kantratsmännern auf ein begrenztes Gewicht ausgeführt wird. Für das Hund Kefel müssen 60-80 Pf. bezahlt werden, kommt die Fahrt, die Gebühr für die Verladung hinzu (die unerschöpfliche Wähe ungeschätzt), so können die Hamster ihr Vieh durchholend mit ruhigem Gewissen als wohl erworben betrachten.

Es scheint aber, als sollte auch hier ein niederträchtiger Wucher das Vieh vom Lande ziehen. In verschiedenen Dörfern laufen Berliner Händler herum, die den Bauern 1 M. bis 1,50 M. für das Hund Kefel bieten und sie anweisen, sein Obst an „Austadler“ zu verkaufen, da sie einen Verband organisieren wollen, besonders vor Weihnachten, wobei sie jeden Preis zahlen werden! In vielen Dörfern weichen sich infolgedessen die Bauern, weiter Obst zu verkaufen oder verlangen Preise, die niemand bezahlen kann, der sich nicht in „gehobener“ Lebensstellung befindet.

Was bedeuten die zentralen Stellen wie auch die Kantratsmänner zu tun, um diese gemeingefährliche Schiebererei, die sich besonders des Frachtransportes bedienen wird, rechtzeitig zu unterbinden?

H. K. u. g.

Städtischer Gänseverkauf. Die Stadtgemeinde Berlin wird im Laufe der Monate November und Dezember d. J. eine größere Anzahl geschlachteter Gänse in besonderen Ständen der städtischen Markthallen an die Berliner Bevölkerung zum Verkauf bringen. Leider reicht die Zahl nicht aus, um jedem Haushalt eine Gans zu überweisen, es sollen daher in erster Linie Haushaltungen mit zahlreichen Familienangehörigen Berücksichtigung finden. Demgemäß können Anträge nur von solchen Haushaltungen angenommen werden, denen mehr als drei Personen angehören. Die Abgabe erfolgt nur gegen besondere Ausweisarten. Die Bewerbungen um Gänse sind von den Haushaltungsvorstehern an die zuständige Protokollkommission zu richten unter deutlicher Angabe des Namens, der Wohnung und Zahl der zum Haushalt gehörigen Personen. Alle näheren Mitteilungen erfolgen durch Zeilenanschrift.

Bücherverkäufe im Kulturkreis. Am Vormittag wurde am Sonntag „Der Gefangene von Dahomey“ aufgeführt. Ein Kolonialkulturkreis soll es sein, ein innerlich unmögliches, verlogenes Redewerk in Dienste stupider Bücherverkäufe ist es — mögen zehnmal die geschmacklos dargestellten Innenansichten in Wirklichkeit passier sein. Es beweisen nur den unheilvollen Einfluß des Krieges auf charakterlose Menschen mit pervertierten Neigungen. Ein großes Bollwerk aber durch einen satirischen Wüterich darstellen zu lassen, das ist zu plump und zu albern — das Publikum sei gewarnt!

Arbeitslose Hilfe für ledige und unbemittelte Schwerverwundete. Der „Deutsche Schutzverband der Schwerverwundeten“ beginnt am Sonntag, den 13. Oktober, einen neuen Unterrichtskursus im Wesen des geschriebenen Wortes vom Wunde. Derselbe ist für ledige und für unbemittelte Schwerverwundete unentgeltlich. Anfragen und Anmeldungen werden möglichst bald erbeten an den Vorsitzenden, Schriftsteller Rudolf Dietmann, Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstraße 102, Fernsprecher: Amt 1544 8596, worauf weitere Mitteilung erfolgt.

Die Rettungsstation am Müggelsee sowie die damit verbundenen Rettungsstationen: Erliner — Damerst — See — beim Ruderklub Erliner; Friedrichshagen — bei M. Brandenburg, akademische Ruder-Gesellschaft; Köpenick — beim Tönderiner Ruderklub, werden vom Sonntag, den 13. Oktober, ab außer Betrieb gesetzt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, beim Befahren des gefährlichen Müggelsees Vorsicht zu beobachten.

Vorbereitende Beschränkung des Frachtkarverkehrs. Zur Gewinnung von Wagen für den Lebensmittelverkehr werden Frachtkarwagen vom 8. bis 10. d. M. überhaupt nicht angenommen. Dringende Lebensmittelverrichtungen sind auf den Eilfrachtkarverkehr angewiesen. Näheres ist in dem Verkehrsbureau der Handelskammer zu erfahren.

Zum Tode in der Grenadierstraße wird mitgeteilt: Die Vermählung von Hausbewohnern, daß der Ermordete nicht der Händler Müller, sondern ein von diesem ermordeter unbekannter Mann sein werde, hat sich nicht bestätigt. Der Tat ist nun zweifelhaft als Mörder festgestellt. Ein Mann, der sich an der Leiche befand, wurde einmündig als Eigentümer Müllees erkannt. Ebenso diente das Geschick zur Klärung der Persönlichkeit. Bei der gerichtlichen Leichenschau, die gestern nachmittags stattfand, wurden näher Erwarfen auch noch die Tatwunden auf den Armen erkannt. Die Ermittlungen nach dem Täter führten noch zu keinem Ergebnis.

Nach bei Staaken. Auf freier Felde ermordet wurde in der Gemarkung Staaken bei Spandau eine junge Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Leute, die gestern früh von ihrer Ortschaft nach dem Boboloh gingen, sahen auf dem Felde eine tote, die einen Strick, mit dem sie erdrosselt worden war, noch um den Hals hatte. Die Hände waren ihr zusammengebunden. Nach dem Befund kann das Verbrechen erst in der vergangenen Nacht verübt worden sein. Die Ermordete, die den Einbruch einer Arbeiterin macht, ist etwa 25 Jahre alt, blond und trug einen schwarzen Rock, graues Jackett und schwarze Strümpfe. Ihr Sommerhut ist zertrümmert, wahrscheinlich im Kampfe mit dem Mörder.

Charlottenburg. Städtische Beiläufe für Einrichtung von Wohnungen. Das Fehlen der Qualität und die Inanspruchnahme von über 2000 Wohnräumen für Militärbehörden und Kriegswirtschaftsstellen hat auch in Charlottenburg den Wohnungsmangel außerordentlich verschärft. Dieser Wohnungsmangel und die der Einrichtung von Neubauten entgegenstehenden technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nötigen zur beschleunigten Herstellung von Wohnwohnungen. In erster Linie soll auf die leerstehenden Zellen und sonst gewerblichen Räume zurückgegriffen werden. Die Hausbesitzer sollen durch Gewährung städtischer Beiläufe zur Einrichtung von Wohnungen in gewerblichen Räumen und Zellen anregt werden. Die durchschnittlichen Einrichtungskosten sind etwa 600 M. für jeden Raum. Die städtischen Beiläufe sollen als einmalige Zuschüsse zu den Einrichtungskosten gewährt werden, und zwar in der Regel in Höhe der Einrichtungskosten eines höchstens von 500 M. für jeden Wohnraum. Auch andere geeignete Räume, etwa in Dach- und Kellergeschossen, die nicht an sich bewohnbar sind, sollen durch derartige Beiläufe zu Wohnungen einrichtet werden.

Lebensmittel. In dieser Woche gelangen außer den üblichen Mengen noch zur Verteilung: Auf die Abchnitte 7a bis 7g der Sonderartikelliste 8 Pfund Kartoffeln zur Schaffung eines eisernen Bestandes. Bis 9. Oktober werden auf die Speisekarte in den Bezirken der 12., 16., 17., 18. und 20. Protokollkommission 125 Gramm Kaffee (Pfund 287 M.) ausgegeben. Auf Abschnitt 211 gelangen 10 Pfund Weizen zur Verteilung, auf die Groß-Berliner Nährmittelartikelliste für Jugendliche 200 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 20 vom 7. bis 13. Oktober. Im Monat Oktober wird einmalig ausgegeben an die Kinder bis zu 2 Jahren 1 Pfund Rindergerstenmehl und 1/2 Pfund Zwiebeln; an die über 70 Jahre alten Personen 1/2 Pfund Zwiebeln; an die in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft befindlichen Frauen 2 Pfund Weizenmehl.

Die Verteilungsorte über vorstehend aufgeführte Lebens-

mittel können in den zuständigen Protokollkommissionen gegen Vorlage der üblichen Ausweise abgeholt werden, und zwar bis 16. Oktober wochentäglich von 10 bis 4 Uhr, vom 17. bis 19. von 12 bis 4 Uhr und am 20. und 21. von 10 bis 4 Uhr.

Die Preise für Rindergerstenmehl und Zwiebeln sind auf den Karten aufgedruckt. Außerdem erhalten: Die Kinder im 2. Lebensjahre, welche eine „A II“-Milkkarte für Oktober besitzen, einmalig je eine Pfunddose Malzextrakt zum Preise von 2,20 M. Ferner die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre, welche eine „B I-“ und „B II“-Milkkarte für Oktober besitzen, einmalig ein Pfund Rindergerstenmehl. Da für den Malzextrakt und für das Rindergerstenmehl für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre keine besonderen Berechtigungskarten auszugeben werden, vielmehr die Milkarten gelten sollen, ist bei Empfangnahme der Ware der oberste Abschnitt der Milkkarte A II, B I oder B II abzugeben. Die Ausgabe der vorstehenden Lebensmittel erfolgt in den 36 städtischen Verkaufsstellen bzw. für Zwiebeln in den auf der Rückseite der Berechtigungskarten aufgeführten Geschäften in der Zeit vom 8. bis 31. Oktober.

Lichtenberg, Lebensmittel. Außer den üblichen Mengen können in dieser Woche entnommen werden: Gegen Vorlegung der Lichtenberger Lebensmittelkarte in den Kolonialwarengeschäften inländischer Souveräne (50 Pf. pro Pfund). Ferner gegen Voranmeldung: Auf Abschnitt 68 der gemeinsamen Lebensmittelkarte: 100 Gramm Graupen, Abschnitt 67 200 Gramm Kunsthonig, in den Konfektengeschäften auf Abschnitt 207 S der Lichtenberger Lebensmittelkarte: 2 Päckchen Zwiebeln zum Preise von zusammen 80 Pf.

In den städtischen Fischhallen und bei den diesigen Fischhändlern und Mäuserwarenhandlungen werden abgegeben: Auf Abschnitt 209 E, J, G, K der Lichtenberger Lebensmittelkarte: 1 Pfund Strömlinge (1,05 M. pro Pfund), Abschnitt 277 E, J, G, K: Frische Flus- und Seefische. (Bei nicht ausreichender Zufuhr werden Deringe ausgegeben.) 1/2 Pfund Räucherwaren. Auf Abschnitt 278 E, J, G, K und 279 E, J, G, K: Fischkonserven. Gegen Abtrennung der beiden gleichlautenden Abschnitte 68 der gemeinsamen Lebensmittelkarte für Lichtenberg erfolgt die Abgabe von 1 Pfund Zwiebeln (83 Pf.). Die Kleinbändler haben hier ganz besonders darauf zu achten, daß sich die Zahl der abgelieferten Marken mit der ihnen zugewiesenen Zwiebelmenge deckt.

Friedrichshagen, Lebensmittel. Durch die ungenügende und in letzter Zeit ganz eingestellte Zuteilung an Oastertoden und Griech war die Gemeinde nicht in der Lage, die Karteninhaber laufend zu beliefern. Da die jetzt eingetroffene Sendung auch nur auf Einlösung der laufenden Kartenabschnitte — beginnend mit dem 1. Oktober — genügt, so ist der Gemeindevorstand gezwungen, die älteren Kartenabschnitte für verfallen zu erklären. Die Verkaufsstellen dürfen nur gegen Auslieferung für vom 1. Oktober ab laufende Abschnitte Griech und Oastertoden ausgeben.

In den nächsten Tagen gelangt Zwiebeln zur Verteilung: Es sollen erhalten Jugendliche auf Abschnitt 20 der neuen Lebensmittelkarte für Jugendliche und Personen vom 66. Lebensjahre ab je 1/2 Pfund Zwiebeln. Letztere erhalten die Bezugskarte dazu in den Eintobnermehlbestellen, Friedrichshagen, Wilhelmstr. 1, bzw. Karlshorst, Dänkehofstr. 31, gegen Vorlegung der Haushaltungskarte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Spandau, Sozialdem. Wahlverein (S. P. D.) Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale von Siegmund, Wilmersstr. 8. Quartalsbericht des Vorstandes. Vortrag des Reichstagsabg. Stach über: „An der Schwelle des Friedens!“ Ansprache. Alle Leiter des „Vorwärts“, die auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei stehen, sind eingeladen.

Kreuzen-Beamschulweg. Die geplante Generalversammlung kann erst am Dienstag, den 22. Oktober, stattfinden.

Konow und Umgegend. Heute, abends 8 Uhr, im Lokale zur Sülte, Konow, Breite Str. 16, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die nächsten Aufgaben der Partei. Kassenbericht. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Copenick. Die Wahlvereinsversammlung findet erst Ende des Monats statt. Zur Verhandlung steht in dieser Versammlung: Bericht der Stadtvorstandskommision und Aufstellung der Kandidaten für die Stadtvorstandswahlen.

In Sachen Schiller-Theater.

Jugendliches hatte sich „gewandelt“. Das durfte nicht ungeroht bleiben, meinte „man“ und erregte eifrige Stürmen im Wasserlaufe. Was war denn bloß geschehen? Je nun, die Gesellschaft Schiller-Theater hatte — es sind einige Monate her — das bis dahin betriebene Schiller-Theater-O. fahren lassen. Das brauchte nicht gerade getan zu werden, um, wie mancher glaubte, als Beweis zu gelten, daß von den Helden Rafael Seewitz, des einstigen Gründers, abgewichen worden wäre. Es geschah vielmehr aus höchstgütigen Gründen. Verlangtes Unternehmen hatte schon während der letzten Jahre kaum den Betrieb beibehalten. Man konnte und mochte daher nicht dem Verlangen des Grundstückseigentümers nach höherer Miete willfahren.

Daher wäre dies Haus aufgegeben worden. Die Verwaltung des Schiller-Theaters Charlottenburg stand längst mit der Stadt Reutlingen wegen Errichtung eines Theaters in Unterhandlung. Diese selbst hatte ihr das Projekt angetragen. Zweifellos braucht eine so große Gemeinde auch ein eigenes Theater. Der Vorteil liegt dabei auf ihrer Seite, selbst dann, wenn von anderen Abgaben, beispielsweise Aufhebung einer Theatersteuer — falls eine solche dort wirklich noch zu Recht bestände, abgesehen würde. Denn zu einer Anzahl freier Vorstellungen für städtische Fortbildungs- und sonstige Schüler dürfte sich die Leitung des Schiller-Theaters wohl bereit finden lassen. Reber strittige Punkte wird man voraussichtlich leicht ins reine Rollen, so daß mit dem Bau des zweiten Schiller-Theaters in Reutlingen, wenn nicht schon während des Krieges, doch gleich danach begonnen werden könnte.

In wünschen wäre das sehr, schon allein im Interesse der heranwachsenden Jugend. Ihr billige Klaviervorstellungen zu geben: das war und ist bis heute eine der idealsten Aufgaben des Schiller-Theaters gewesen. In dieser Erkenntnis haben denn auch verschiedene Stadtgemeinden Groß-Berlins (z. B. Wilmersdorf, Charlottenburg usw.) es sich jährlich nicht gerade wenig kosten lassen, um die Schülerjugend gedachter Dramenaufführungen teilhaftig zu machen.

Und daß das Schiller-Theater aus solchen Schiller-Vorstellungen, großen klingenden Augen zuge, kann schwerlich behauptet werden. Beispielsweise gewährt es für das jährliche Jinseträgnis aus der Eohn-Doppelheimischen Stiftung im Betrage von 4200 M. zehn Extravorträge. Das macht jedesmal 420 M. Es leuchtet ein, daß diese kleine Summe nicht hinreicht, um eine Anzahl erster Solisten, geschweige ein Ensemble zu honorieren. Ueber die Bedeutung des Schiller-Theaters als künstlerische Pflanzstätte für die Jugendbildung dürfte kein Einsichtiger im Zweifel sein.

Rum ist gesagt worden: Man habe sofort die Abonnenten des Charlottenburger Schiller-Theater benachteiligt, indem an Stelle des bisherigen Jnsenträgnis ein doppelt so langer arretiert worden sei. Das ist richtig. Doch was bei zwei Theatern und zwei Schauspielpersonalen sich gut hätte machen lassen, löst jetzt auf Schwierigkeiten. Das Schiller-Theater ist allmählich zweimal zur Veranstaltung von Nachmittagsvorstellungen für Schüler Charlottenburgs (wofür nichts gezahlt wird) und einiger anderer Stadt-

gemeinden Groß-Berlins verpflichtet. Es wäre also unmöglich, aller vierzehn Tage mit einem einzigen Ensemble ein neues Stück herauszubringen. Zur Vorbereitung blieben nur acht, allerhöchstens zehn Tage — vorausgesetzt, daß kein Mitglied krank oder unpollich würde, was ja wieder eine teilweise Umbelegung notwendig machte. Soll also ein Drama in möglichst guter Aufführung erscheinen, dann bedarf es zum wenigsten einer vierwöchigen Vorbereitung.

Inwieweit der Vorwurf: als ob minderwertige Stücke dar- geboten würden, gerechtfertigt ist oder nicht, lehrt ein Blick auf den laufenden Winterplan. Da kommen Dramen klassischer und moderner Dichter: unter anderem „Hamlet“ und zu Schillers Modertag die „Brau von Messina“ zur Aufführung. Abwechslung natürlich mit leichter Kost — die ja kein Bühnenbetrieb völlig entbehren kann.

Und schließlich eilt die Verwaltung in sozialkünstlerischer Beziehung wieder einmal vielen, wo nicht allen Theatern im Reiche um einen Schritt voraus. Von jetzt an wird nämlich die für sämtliche Mitglieder bestehende Pensionklasse mit einem beträchtlichen Teil der Jahresgewinne geleistet; und niemand ist mehr gehalten, aus seiner Tasche aus eigenem Einkommen beizusteuern.

„Wer folgt“ frage ich, als Nächster diesem hochherzigen Beispiel?

Soziales.

Ein Arzt über einen Betriebsunfall.

Ein Arbeiter hatte ein ungewöhnliches Ueisen zu bearbeiten. Er mußte, um dieses im Schraubstock einzuspannen, die äußerste Kraftanstrengung anwenden. Bei dieser Tätigkeit schied plötzlich Lungenbluten ein. Der Anspruch auf Gewährung der Unfallrente für die im Anschluß hieran entstandene Erwerbsminderung wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt, weil die Arbeitsverrichtung nicht geeignet sei, eine derartige physische Schädigung des Körpers, d. h. einen Unfall im Sinne des Gesetzes, herbeizuführen. Die betreffende Tätigkeit ist nach Mitteilung des Betriebsunternehmers keine außergewöhnlich schwere, sondern die übliche und dauernde. Das Lungenbluten ist also ein gelegentlich der Arbeit, unabhängig von derselben aufgetretenes. Die Berufung wurde vom Oberversicherungsamt zurückgewiesen. Nach Ansicht dieser Spruchbehörde ist ein Unfall gar nicht nachgewiesen. Die Tätigkeit, bei welcher der Verletzte das Lungenbluten gehabt haben will, geht keinesfalls über den Rahmen der gewöhnlichen Tätigkeit eines Arbeiters von der Qualität des Verletzten hinaus. Es ist deshalb der Anspruch des Klägers schon aus diesem Grunde unberechtigt. Ganz abgesehen davon, daß das Lungenbluten des Klägers durch eine geringfügige Erschütterung nicht hervorgerufen sein kann. Das Oberversicherungsamt war von seiner kolonialistischen Weisheit so fest überzeugt, daß es nicht einmal die Klarheit des Klägers vernommen hat. Der Arbeiter wandte sich nun an das Reichsversicherungsamt. Das hörte zunächst die beiden Mitarbeiter. Der eine von denen belandete ausdrücklich, daß es sich um eine völlig neue Konstruktion des Ueizens handelte, die zum ersten Male gemacht wurde, er als Sachverständiger könne nur erklären, daß es sich um eine sehr schwere Arbeit gehandelt habe. Dann ersetzte ein leitender Arzt einer Heilmittelle für Brustkrankheiten ein ärztliches Gutachten, der indessen sich ganz besonders darauf verlor und nachweisen zu müssen glaubte, daß ein Betriebsunfall nicht vorliegt. Daß manche Ärzte auch nicht den kleinsten Schimmer von den Vorgängen bei der Arbeit haben, ist vielfach festgestellt. Indessen dieser Sachverständige zeigt doch eine so völlige Weltfremdheit über die Arbeitsverrichtung, daß man es kaum für möglich halten sollte. So sagt er über die Schwere der Arbeitsverrichtung folgendes: In den Aussagen und den Akten sei gar nichts enthalten, daß sich bei der Arbeit des Arbeiters etwas Besonderes ereignet hätte, das auch nur entfernt einem Unfälle zu vergleichen wäre. Das Moment des Unerwarteten, Unerblichgehabenen fehlt vollständig. Jeder Arbeiter, so meint der Arzt, löst mal auf schwerere, mal auf leichtere Arbeit, indessen hier ist in keiner Weise überzeugend nachgewiesen, daß die Tätigkeit hier über das hinaus ging, was ein Arbeiter in gleicher Stellung leisten muß. „Denn immer handelt es sich doch nur um ein einmaliges oder in Pausen wiederholtes kurzes, kräftiges Anziehen des Stodes, bis er nicht mehr nachgibt“. Wie dabei beträchtlich über den Rahmen der betriebsüblichen Kraft hinausgegangen werden soll, ist nicht ohne weiteres zu verstehen. In der schon angegebenen Freiwilligkeit einer etwaigen größeren Anstrengung, mit der in jedem Augenblick aufgehört werden kann, liegt es, daß hier nicht eine Anstrengung angenommen werden darf, einen Schaden zu bringen oder eine Blutung aus einer gesunden Lunge herbeizuführen.

Das Reichsversicherungsamt war anderer Ansicht. Auf Grund der eibilden Aussagen des Zeugen S. hat der erkennende Senat das Vorliegen eines Betriebsunfalls und damit auch den ursächlichen Zusammenhang des Lungenblutens mit dem Unfall anerkannt. Die Berufsgenossenschaft wurde dementsprechend zur Entschädigungspflicht verurteilt.

Der Versuch der Ärzte, sich darüber, was als Betriebsunfall anzusprechen ist, „hahnbrechend“ zu äußern, erlebt man sehr häufig bei den Oberversicherungsämtern. Diesen „Versuchen“ müssen die Spruchkollegien mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Gerichtszeitung.

Massenverurteilungen von Postauswärtlerinnen.

In welchem Umfang die Verurteilungen von Postauswärtlerinnen angenommen haben, zeigt eine Anklage wegen Amtunterschlagung, die gestern die Kammer des Landgerichts III gegen 18 weibliche Personen zu verhandeln hatte. Es handelte sich um Postauswärtlerinnen, die in Wilmersdorf tätig waren und, wie die Beweisaufnahme ergab, in zahlreichen Fällen Postpakete, die Lebensmittel aller Art, aber auch Bekleidungsgegenstände usw. enthielten, bestohlen haben. Einige Angeklagte hatten Beiläufe geleistet; sie kamen mit kleineren Gefängnisstrafen davon, die übrigen Wehrgeld wurde aber wegen Vergehens gegen § 133 zu 6, 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 2 Minuten zu spät. Daß die heutigen außerordentlichen Verhörsverrichtungen mitunter von den Gerichten nicht genügend berücksichtigt werden, zeigte ein Fall, der sich gestern vor der Berufungskammer des Landgerichts I abspielte. Eine bisher unbefristete Frau W. war vom Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte unter Anführung neuer Zeugen, von deren Aussagen sie eine Freisprechung bzw. mildere Verurteilung erhoffte, gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. In dieser Sache stand nun Termin an. In Erinnerung der großen Schwierigkeiten, heute in der Straßenbahn „mitzukommen“, war die Angeklagte schon über eine Stunde vor der sonst nötigen Zeit von ihrer Wohnung weggefahren. Eine Störung im Straßenbahnverkehr hatte zur Folge, daß Frau W. lange Zeit vergeblich an der Haltestelle warten mußte, bis die erste Straßenbahn kam, natürlich bis zum äußersten volgeproppelt. Als die Frau endlich in Moabit angelangt war, verließ sie sich auch noch in den labrinhartigen Korridoren des Gerichtsgebäudes, so daß sie schließlich 2 Minuten nach der festgesetzten Terminzeit vor dem Verhandlungszimmer anlangte. Hier war inzwischen, da die Angeklagte bei Ausfertigung der Sache nicht erschienen war, ihre Berufung verworfen worden. — Unter Hinweis darauf, daß die Angeklagte alles getan habe, um rechtzeitig vor Gericht erscheinen zu können und sie lediglich durch höhere Gewalt daran verhindert worden sei, ist von ihrem Rechtsanwalt sofort ein Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Gericht gestellt worden.

Der zerfallende Ostfrieden.

Um die Krim und das Dongebiet.

Die von der ukrainischen Regierung vollzogene Erklärung der Krim und des Dongebietes zu selbständigen Staaten, die mit der Ukraine vereinigt werden sollen, ist von der russischen Regierung mit scharfem Protest aufgenommen worden. Die russische Regierung erklert in dieser Erklärung eine weitere Durchführung des Brest-Friedens und der ihn ergänzenden Zulassungsvertrge. Rußland sei dadurch auerstand gesetzt, die laut dem Brest-Vertrag ubernommene Verpflichtung, einen Friedensvertrag mit der Ukraine zu schließen, zu erfüllen.

Geben und drüben wird man sich inzwischen klar darüber geworden sein, daß der Brest-Frieden so oder so zu einem Traum der vergangenen Nacht geworden ist!

Eine englische Ministerrede.

London, 7. Oktober. (Reuter.) Der Unterstaatssekretär für Arbeiten im Innenamt Bruce sprach gestern nachmittag in London und sagte, Deutschland spreche vom Frieden, es spreche aber nicht von einem solchen Frieden, wie man ihn in der gegenwärtigen Stunde erwarten könne. Er müsse erst die Ueberzeugung haben, daß Deutschland einen reinen Frieden, einen wirklichen Frieden wünsche, ehe er bereit sein würde, auf irgendeine Art von Verhandlungen mit Deutschland einzugehen. Er könne das, was Deutschland tat, nicht verzeihen. Ehe die Alliierten Deutschland gegenüber edelmtzig sein könnten, müßten sie gegen sich selbst und ihr eigenes Volk gerecht sein. Bruce fragte: Wie hat Deutschland den Kampf auch in den letzten Tagen noch geführt? Es hat das Land, von dem es zurückgeschlagen wurde, bis zum letzten Stein gerührt. Das sieht nicht so leicht aus, als ob Deutschland bereute. Wäre es gerecht, wenn Deutschland, nachdem es durch seine U-Boote und Minen unsere wehrlosen Schiffe versenkte, am Ende des Krieges die größte Handelsmacht wäre? Wäre es gerecht, wenn sein industrielles Leben unbeknntlich bliebe, nachdem es das Industrielieben Frankreichs und Belgiens zerstört hat? Nein, die Engländer müßten den unschuldigen Völkern gegenüber, die durch das Vorgehen Deutschlands gelitten haben, gerecht sein. Wäre es gerecht, daß Deutschlands Ackerbau unangefastet bleibt, nachdem es so grausam den Ackerbau in Frankreich und Belgien verwüstet hat? Nein, Deutschland muß lernen, daß der Krieg nicht nur ein teuliches Ding ist, sondern daß er sich auch nicht bezhlt mot. Ihr dürft Euch nicht durch Deutschlands Friedensvorschläge irreführen lassen. Deutschland wünscht die Alliierten voneinander zu trennen. Es muß wirklich bereuen, ehe sie sich auf eine Konferenz mit ihm einlassen können. Die Alliierten seien im Begriff, den Krieg zu gewinnen, und, wenn sie ausbleiben, so glaube er, daß dieser Krieg für alle Zeiten der letzte seiner Art sein würde.

Zwei Abgesgte: Hervé und Barnes.

Aus Bern schreibt man uns: Die sozialistische Föderation des Departements Jura hat auf ihrem Kongreß Gustav Hervé mit 40 gegen 3 Stimmen aus der Partei ausgeschlossen. Genau betrachtet, ist das nur die Zerklrung eines lange Versöhnen. Denn tatsächlich hat der Direktor des nationalsozialistischen Kriegsbeobachters "Victoire" seit den ersten Monaten des Krieges seine Beziehungen zur Partei eingestellt. Der Mann, der einst an die Bourgeoisregierung in mehrzähligen Leitern die Aufforderung hob, von Verklgungen abzusehen, hat sich zum Lobpreiser der imperialistischen Staatsmänner der Entente entwickelt und empfängt dafür seinen Lohn in der von der Regierung wegen verugten massenhaften Verbreitung seines Schmutzflugschreibens an der Front. Alles deutet indes darauf hin, daß das hinausgeworfene Geld ist. Die Jura-Föderation wemostens, wo Hervé als Redakteur des "Prospere de l'Yonne" seine ersten "antipatriotischen" Organe geführt hat, ist von keinem jehigen Reberpatriotismus so wenig infiziert, daß sie auf ebendenselben Kongreß eine Resolution im Geiste der — früheren — Minderheit angenommen hat. Von den 26 Mandaten, über die sie auf dem nationalen Parteitag verug, bekam diese Richtung 16.

Ein anderer Arbeiterpolitiker, der bei seinen früheren Mandatgebungen unentbehrlich ist, der englische "Arbeiter-Minister" Barnes. Die Organisation der Arbeiterpartei in seinem Glasgower Wahlbezirk hat nämlich beschloßen, ihn nicht mehr kandidieren zu lassen. Die Person des neuen Kandidaten soll auf einer demnächst stattfindenden Wahlkreis-Konferenz bestimmt werden. In dem Einberufungsschreiben wird darauf hingewiesen, daß bisher ein einziger Vorschlag vorliegt. Der Vorgeschlagnene ist Gen. MacLean, der schon von der Glasgower Organisation der British Socialist Party nominiert ist. MacLean gehört dem radikalen Flgel der englischen Arbeiterbewegung an, der in der neuen Aktionsform der Werkstätten-Vertretermnner (shop stewards) gegen den Konservatismus der alten Trade-Union-Leuten auftritt. Er ist feinerzeit von der bolschewik-Regierung zum Konsul in Glasgow ernannt worden und hht jetzt eine fünfjährige Kerkerstrafe ab, zu der er wegen angeblichen Aufstanz verurteilt worden ist.

Der von der Arbeiterpartei ausgeschickte Barnes hat allerdings die Hoffnung nicht aufgegeben, sein Mandat zu retten. Er will als Koalitionskandidat der Konservativen und Liberalen auftreten. Ein Mandat von Gnaden der Bürgerlichen — in der ersten Wahl, wo die Arbeiterpartei zum erstenmal selbständig um die Macht im Staat ringen will. Welch schönes Ziel des Ehrgeizes für einen "Arbeiter-Minister"!

Die Veränderungen in der Regierung.

Trimborn für Wallraf. — Waldow geht. Nach einer Meldung der "Köln. Volksztg." hat der Reichstagsabgeordnete Trimborn (S.) das ihm angebotene Staatssekretariat des Innern angenommen. Nach weiteren Blttermeldungen ist der Staatssekretär des Kriegsbernhrungsamtes v. Waldow endgültig zurückgetreten. Vizeadmiral Ritter von Mann, Edler von Tschler, ist zum Staatssekretär des Reichs-Marineamtes, Kapitän zur See Böhle zum Chef des U-Bootsamtes ernannt worden.

Kritik am Friedensangebot.

Nathenaus Ruf zur Verteidigung. In der "Voss. Ztg." veröffentlicht Walter Nathenau, seit langem ein überzeugter Anhänger des Verstndigungsfriedens, ein Mann also, dessen Stimme schwerer wiegt als die der landläufigen Kriegsbeher, eine scharfe Kritik des neuen Friedensangebots. Er schreibt: Der Schritt war übereilt. Wir alle wollen Frieden. Wir, die Wenigen, haben gemacht und gewarnt, als keine Regierung daran dachte, der Waghals ins Auge zu blicken.

Nun hat man sich hrreihen lassen, im narren Augenblick, im unreifen Entschluß.

Nicht im Weichen mußte man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen.

Die Gegner mußten sehen, daß der neue Geist des Staates und Volkes auch den Geist und Willen der Kämpfenden kräftigt. Dann mußte Wilson gefragt werden, was er unter den verstndlichsten seiner vierzehn Punkte versteht, vor allem über Elb-Lothringen, Polen und die Entschädigungen der westlichen Gebiete. Die verkrhte Bitte um Waffenstillstand war ein Fehler.

Das Land ist ungedrchen, seine Mittel unerschpft, seine Weiden unermüdet. Wir sind gewichen, aber nicht geschlagen.

Die Antwort wird kommen. Sie wird unbefriedigend sein; mehr als das: zurückweisend, demütigend, überfordernd ...

Hat man das übersehen? Wer die Kerben verloren hat, muß erstet werden.

Graf Reventlow bestt die Dreifachheit, dazu zu bemerken: "Nathenau fordert damit, wenn wir ihn recht verstehen, den Erfay der Männer der neuen Regierung, und wir können ihm damit nur recht geben." Wir fragen den Grafen Reventlow öffentlich, ob er nicht gewußt hat, was Nathenau meint!

Gewiß konnte man verschiedener Meinung darüber sein, ob es an sich tatsächlich richtig war, der abgelehnten Burian-Note jetzt einen zweiten Friedensschritt folgen zu lassen. Wenn aber eine neue Regierung ins Amt tritt, in der Absicht, den Frieden anzubahnen und vorzubereiten und nun pldlich eine Stelle, die bisher als Bremse gewirkt hat, als Antrieb wirkt, so ergibt sich die Folge ganz von selbst. Die Entwicklung muß dann ein rascheres Tempo einschlagen, als das sonst der Fall gewesen wäre. Die neue Regierung konnte gar nichts anderes tun, als aus der Lage, wie sie diese bei ihrem Amtsantritt vorfand, die politischen Schlussfolgerungen ziehen.

Einen Fehler begeht Nathenau auf alle Fälle, wenn er von vornherein sagt, die Antwort werde demütigend und überfordernd sein. Man soll nicht heute schon sagen, die Antwort werde Deutschland zum Endsampf zwingen, ebensowenig wie man sagen soll, Deutschland werde auf alle Fälle alle Bedingungen annehmen, ohne an weitere Segenwehr zu denken. Die Antwort wird vorstlig und ruhig auf die Möglichkeit geprüft werden men, durch sie dem Frieden näher zu kommen. Dem Versuch, sobald wie möglich zum Abschluss zu kommen, wird man die Grenzen nicht zu eng stecken dürfen. Bis zu dem Tag aber, an dem seine Erfüllung sicher ist, wird es notwendig sein, mit ungedrchener Nervenkraft an der Verteidigung festzuhalten.

Totenklage auf das alte Preußen.

"Der vernichtende Schwertstreich des Sozialismus".

Die "Kreuzzeitung" schreibt: Wir Preußen wollen uns in dieser ernstesten Stunde zusammenschlien. Mit Würde und auferachtet empfangen wir den vernichtenden Schwertstreich des Sozialismus und der Demokratie. Aus der preußischen Krnne sind die Juwelen herausgedrhen. Die harten Männer, die das preußische Wappen hlten, sind ihres Rückgrats beraubt. Das stolze und so stolze zum quique ("Jedem das Seine"), das den hohen Orden vom Schwarzen Adler ziert, hat Platz gemacht dem: Allen alles, dem ein zeln nichts. Es wird kein Preußen mehr geben, wenigstens nur ein geographisches Preußen. ... Jetzt liegt ihr Werk (der preußischen Könige und Bismarcks, Red.) in Trümmern. Brutal schreit ein Teil des Volkes über den anderen hinweg. Die nationale Kultur wird gepfost einem verwachsenen Verbrderungsgebilden, Schule und Kirche sind gefhbet. Das ästhetische Empfinden des einzelnen und die tastvolle Rücksicht, die Menschen untereinander haben sollen, können nicht gedeihen in einem Staate, dessen Grundauffassung es ist, das Einzelindividuum in die Zwangsjacke der Allgemeinheit zu pressen. Wir Deutsche haben den Vorzug der Gründlichkeit, wir neigen auch zum Doktrinarismus. Beide Eigenschaften sind aber nirgends so im Superlativ vertreten wie in der Sozialdemokratie. So wird das neue Regime den preußischen Gedanken, der Deutschland in den Sattel hob, mit Stumpf und Eil beseitigen wollen; denn er reimt sich nicht mit der Weltanschauung der Sozialisten und Demokraten.

Lehentlich die "Deutsche Zeitung": Die Flaggen auf Halbmast! Das alte Preußen und das alte Reich unseres Bismarck werden zu Grabe getragen. Wir sind nicht besiegt, wir sind nur zermrt worden durch falsche Freunde. Schon jubelt die Demokratie im Innern, das Postblatt an der Spitze, daß nunmehr ein neues Deutschland komme, das nichts mehr zu tun habe mit dem von gestern. ... Triumphierend schreibt der "Vorwrt": "Wird werden sich die Gefängnisse ffnen, die volle Freiheit der politischen Meinung bald hergestellt sein." Also auch Herrn Liebknechts Stunde wird nunmehr bald schlagen.

Dazu wollen wir nur das eine bemerken, daß angesichts der Lage, in die das Deutsche Reich durch das Treiben der konservativ-alldeutschen Clique geraten ist, unsere Gefühle von Triumph sehr weit entfernt sind.

Der letzte Ausweg — der Pogrom!

Ein deutschvlkisches Hejgedicht.

Die alldeutsche Herlichkeit ist über Nacht zusammengebrochen. Eine weitere Abrechnung steht gewissen Leuten noch bevor. Vergest nicht schaut man sich in diesem Lager nach Rettung um — und verklft auf die glorreiche Methode des weiland Zaridnas, die Erbitterung des Volkes auf die Juden abzulenkeln. Das Pogrom soll die Reaktion retten. Vor uns liegt ein Flugblatt: "Die Juden im Weltkrieg", das an Gemeinheit und Niedertracht der Gesinnung alles Dagewesene überbietet. Als Verlag zeichnet die "Deutschvlkische Buchhandlung", Berlin NW 82, Thomastrae 27.

Das Flugblatt ist in Bildern und Versen abgefht. Das Titelbild stellt das Bezirkskommando dar. Rechts steht man die eben eingezogenen Wehrpflichtigen — idealisierte germanische Typen — mit Httelkewen in geschlossener Kolonne herausmarschieren, während links ins Fergenhafte verzerrte jüdische Gestalten sich mit schlauen Grinsen beseite drücken und emsig den Wrsenbericht studieren.

Ementsprechend sind die Verse: Wo so viele Helden bluten, Drücken sich jetzt nur die Juden, Hoberal grinnt ihr Gesicht, Nur im Schlengraben nicht.

Die letzten beiden Zeilen lehren als Refrain am Schlusse jeder Strophe wieder. Andere Verse des Nachwerks lauten:

D, das war ein großes Jagen In den ersten Kriegestagen, Als die ganze Judenkaor, Einmal motmchtig war.

Seht! steht man in allen Stroen, Ihre langen, großen Rasen

Und in allen Schreibertuben, Ethen meistens Judenbuben.

Und am Schlusse tod's:

Judengeld ist's, das den großen Weltbrand hat angefht; Juden sind es, die ihn frten, Die von England gelhmerten usw.

Jeder Kommentar zu dieser Leistung erübrigt sich. — Aber wir men hier noch kurz mitteilen, wie wir mit ihr befasst wurden. Ein Soldat an der Front, der bei der Firma Richard Ungewitter, Stuttgart, Schotstr. 42, ein Buch über Gesundheitspflege bestellt hatte, fand zu seiner Enttstung dieses und andere Flugblätter alldeutscher Richtung beigelegt. Diese Flugblätter werden also systematisch an der Front verbreitet, wo Laufende von jüdischen Soldaten seit Jahren pflichtgetreu ihren Dienst tun. Wie muß die Lesart solcher schmutzigen Anwrfe begeistert auf ihre Stimmung einwirken!

Anschlag der Kaiserrede in Bayern. Der bayerische Minister des Innern Dr. v. Beitzreich hat angeordnet, daß die Reichstagsrede des Reichskanzlers Prinzen Rag sofort in allen bayerischen Gemeinden angeschlagen wird.

Bismarcks Erben als Feinde der Volksernährung. Zur Kotiz, die wir unter dieser Ueberschrift in Nr. 273 veröffentlichten, schreibt uns die Reichsverwaltung Barzin, das Pilzesammeln habe im Frühjahr und Sommer unbehindert stattgefunden, jetzt sbe es aber keine Pilze mehr und das Sammeln werde von gewissen Leuten nur zum Vorwand genommen, sich von der Kartoffelernte zu befreien. Darum das Verbot. — Offenbar hatten also gewisse Leute das Pilzesammeln trotz der vorgeordneten Jahreszeit für extraertrglich als die Arbeit an der Kartoffelernte, oder die Leute müßten so viel zu essen haben, daß sie ohne Sorge um Nahrungsmittel spazierengehen können.

Letzte Nachrichten.

Annahme des gesamten Wilsonprogramms.

Berlin, 7. Oktober. Die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die "Kölnische Zeitung" glaubt, zwischen dem Programm der Mehrheitsparteien und dem Programm des Präsidenten Wilson gewisse Unterschiede zu erkennen. Demgegenüber kann nicht bestritten werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstags das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.

Wie wir hören, sind die mit der Gründung eines Völkerbundes zusammenhängenden Fragen seit längerer Zeit im Auswärtigen Amte unter Zuziehung von Parlamentariern und Vlkerrechtslehrern eingehend erörtert worden. Diese Erörterungen haben bereits zur Aufstellung formulierter Vorschläge geführt, die im wesentlichen die in dem bekannten Programm der Mehrheitsparteien als Grundlagen des Völkerbundes aufgeführten Punkte betreffen. Zweck Verabreichung dieser Vorschläge und Herstellung eines endgültigen deutschen Entwurfs wird vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Kommission berufen, der neben den Vertretern der beteiligten Ressorts Parlamentarier und Vlkerrechtslehrer und außerdem Vertreter sonst beteiligter Kreise angehören werden.

Garantien für die Friedensbesprechungen.

Lugano, 7. Oktober. Politische Kreise, die mit den Ententesregierungen Bhlung haben, erklären, daß die Entente die Erfüllung der von Wilson aufgestellten Forderungen als Garantien vor der Eröffnung der Friedensbesprechung verlangt. Zu diesen Forderungen gehört n. a.: Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Italiens und Belgiens sowie Elb-Lothringens, ferner die Annulierung der Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest.

Die Lage in Bulgarien.

Sofia, 5. Oktober. Der Vertreter der Transdanubiergesellschaft meldet: Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Moloff, Madjaroff und Danailoff sich bestimmen ließen, im Kabinett zu bleiben. Stambuloff und Genadiem befinden sich seit etwa 5 Tagen im Schutze der hiesigen amerikanischen Gesandtschaft. Sie halten sich dort auch auf. Nach Freikaffung steht angeblich die sofortige Verurteilung Stambuloffs wegen Teilnahme an Bolschewitztreibereien bevor.

Der bulgarische König in Koburg.

Koburg, 7. Oktober. Der ehemalige König der Bulgaren ist mit seinem Sohne, dem Prinzen Cyril, und großem Gefolge heute vormittag im Postsonderzuge hier eingetroffen, um hier dauernden Aufenthalt zu nehmen.

Der Kampf um die finnische Verfassung.

Helsingfors, 7. Oktober. Der Landtag hat in zweiter Lesung den neuen Verfassungsentwurf mit 66 gegen 34 Stimmen angenommen. Der große Aussch hatte noch am Vormittag weitere Veränderungen in demokratischer Richtung vorgenommen, indem er das Besondere der Kronen in Fragen der Landesverteidigung beseitigte. Die Abstimmung im Plenum zeigt, daß trotz dieses weitgehenden Entgegenkommens die Durchführung der Vorlage in der gegenwärtigen Session erforderlich ist. Fnfstimmige Mehrheit schwerlich zu erlangen ist.

Englisches Ausfuhrverbot.

Haag, 7. Oktober. Reuter meldet aus London: Eine Verfügung bestimmt, daß die Gesamtausfuhr aus England nach allen europäischen Ländern, wenn nicht besondere Beschlüsse vorliegen, verboten ist. Nur die Ausfuhr nach den verbündeten Ländern ist zugelassen.

Amerikanische Sozialisten in Moskau.

Moskau, 4. Oktober. Wie die "Jewetschka" meldet, ist in den letzten Tagen in Moskau eine Abordnung amerikanischer Sozialisten des linken Flügels aus New York eingetroffen, die aus Rutgers, Frau Redakteur Konshaw der russisch-amerikanischen Zeitung "Kobyl Wit" und Kitchell, einem Mitglied der russischen Abteilung der amerikanischen Sozialistenpartei, besteht. Die Abordnung kam auf Veranlassung des amerikanischen Informationsbureaus für russische Angelegenheiten, das von mehreren amerikanischen Arbeiterorganisationen gegründet und ein Gegner der amerikanischen Gemischung in Rußland ist.

